



PERSONALRATSWAHLEN 2002

**Im HPR gibt's viel zu tun!** ..... 3  
 Von Gabi Gabler und Gele Neubäcker

**Für ein besseres Gymnasium** ..... 5  
 Von Johanna Spreittler

**Schule in Bayern verändern** ..... 6  
 Von Robert Wingerter

**Gemeinsam die Interessen der LehrerInnen vertreten** ..... 7  
 Von Gele Neubäcker

**Für die Stärkung der Berufsschulstandorte** ..... 8  
 Von Toni Hartl

**Für eine Schule für alle** ..... 9  
 Von Gabi Gabler

**Personalratswahlen bei Kommunen und Trägern** ..... 10  
 Von Günther Schedel-Gschwendtner

PERSPEKTIVENFÜR DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT

**Die Zusammenarbeit muss etwas bewegen** ..... 11  
 Helga Ballauf im Gespräch mit Schorsch Wiesmaier u. Josef Falbisoner

**»Und sie bewegt sich doch ...!«** ..... 13  
 Von Eugen Eder-Clouston

**GEW-Kampagne zur Qualitätsentwicklung** ..... 14  
 Gerhard L. Endres im Gespräch mit Heiko Gosch

**Fort- und Weiterbildung:**  
**Wofür steht die bayerische GEW?** ..... 16  
 Von Friedrich Sendelbeck

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

**Ein Erfolg für die bayerischen Gewerkschaften** ..... 17  
 Von Robert Günthner

GLOBALISIERUNG

**Eine andere Welt ist möglich** ..... 18  
 Von Christoph Bautz

SOZIALE ARBEIT

**Professionalität und Ehrenamt** ..... 19  
 Von Gerhard Zimmermann

MEDIENARBEIT

**Der Alltag eines Behinderten ist spektakulär** ..... 20  
 Von Michael Bernstein

GESUNDHEITSPOLITIK

**PCB und das bayerische Gesundheitsministerium** ..... 21  
 Von Jürgen Schulz

INTERNATIONALE HOCHSCHULE

**Viadrina – Collegium Polonicum** ..... 23  
 Von Edgar Kucharzewski

MAGAZIN

**Der Zeitgewinn** ..... 24  
 Von Hannes Henjes

**Nachrichten** ..... 25

**Leserbrief** ..... 26

MILITARISIERUNG DER WELTPOLITIK

**Nationalismus, Rassismus, Krieg** ..... 28  
 Von Hannes Henjes

ZWANGSARBEIT

**Ihrer Stimme Gehör geben** ..... 29  
 Von Gerhard Minderlein

**Materialien** ..... 30

**Glückwünsche** ..... 30

**GEW-Veranstaltungsübersicht** ..... 31

**GEW-Stammtische oder -Mitgliederversammlungen** ..... 32



Die Personalratswahlen werden neben der LVV in den kommenden Wochen die meisten Energien der aktiven Mitglieder der GEW beanspruchen. Neben dem von der DDS-Redaktion begleiteten »Ratgeber Arbeitsplatz Schule« dient auch dieses Heft dem Wahlkampf u. a. mit der Vorstellung der SpitzenkandidatInnen für den Hauptpersonalrat. Gerade die derzeitige Diskussion über die Beurteilung macht deutlich, wie wichtig eine noch größere Gewerkschaftsvertretungen im HPR wäre, damit dort eine durchschaubare Politik gemacht wird, die sich den Problemen der KollegInnen stellt.

Für die verschiedenen Themen des Heftes, die von der LVV behandelt werden, soll beispielhaft nur eines herausgegriffen werden: Die »Neue Unübersichtlichkeit« (Habermas, 1985) ist inzwischen der irritierenden Undurchschaubarkeit gewichen, die einfachheitshalber mit dem Begriff »Globalisierung« bezeichnet wird. Damals schrieb Habermas, dass es gute Gründe für die Erschöpfung utopischer Energien gibt, da die Erwartungen, dass Wissenschaft, Technik und Planung als verheißungsvolle und unbeirrbar Instrumente einer vernünftigen Kontrolle von Natur und Gesellschaft wirken könnten, durch massive Evidenzen erschüttert worden sei. Der so genannte Prozess der Globalisierung hat Habermas in vielfältiger Weise recht gegeben, da die ihn tragenden Kräfte nur die utopielosen Vorstellungen von Gewinnmaximierung als Maßstab akzeptieren, die sie zur Zeit mit dem Mäntelchen des Kampfes gegen den Terrorismus (noch) mehrheitsfähig durchsetzen können.

Seit 1998 gibt es allerdings ein internationales globalisierungskritisches Netzwerk mit dem Namen Attac, das den Funken der Utopie weiterträgt und ihn mit dem Versuch anfachet, demokratisch getragene Ordnungsrahmen auf allen Ebenen den Marktkräften entgegenzusetzen. Auch in Deutschland gibt es für diese ursprünglich aus Frankreich stammende Initiative bereits ein breites Forum, dem beizutreten (nach verschiedenen Landesverbänden der GEW und einigen Bezirks- und Kreisverbänden) nun auch eine Herausforderung für die LVV sein sollte. (vgl. dazu den Text auf Seite 18)

Für die auf der LVV neu zu wählende Redaktionsleitung schlagen wir als Ergebnis des DDS-Seminars folgende Themenschwerpunkte vor: 7-8/2002 Umweltpädagogik, 9-10/2002 »Bayerische Schullandschaft«, 11-12/2002 »Hochschule«.

Schon seit über einem Jahr ist die DDS auch auf der Homepage der [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de) nachzulesen. Außer über die Verlagsadresse ist die Redaktion erreichbar unter folgenden Nummern: ☎ 0 89/89 68 98 48, 08989689848@t-online.de

Gerhard Köberlin

IMPRESSUM: DDS · Die Demokratische Schule · Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern · Geschäftsstelle: 80336 München, Schwanthalerstraße 64, ☎ (089) 5 44 08 10, info@bayern.gew.de

REDAKTIONSLEITUNG: Gerhard Köberlin, Georg-Gradel-Weg 3, 81245 München, ☎ (0 89) 89 68 98 48, Fax (0 89) 89 69 12 15, E-Mail 08989689848@t-online.de

REDAKTIONELLE MITARBEITER: Wolfram Bundesmann (bu), Karin Ehler, Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gitte Kaiser, Jörg Nellen, Gele Neubäcker, Ursula Renate Riedner, Werner Schottenloher (Slo), Herbert Woyke.

BILDNACHWEIS: Volker Derlath (Titel, Seite 3, 5 rechts, 6 rechts unten, 7 mittig, 8 rechts unten, 9 links und rechts, 10, 11, 13, 14, 16, 18, 19, 21, 24, 29); Erhard Hagebecker (Seite 25); Rest privat

ANZEIGENVERWALTUNG: A1 Verlags GmbH, 80639 München, Hippmannstraße 11, ☎ (0 89) 17 27 48, Fax (0 89) 1 78 56 42.

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 11 vom 1.3.1996 gültig. Konto der Anzeigenverwaltung: Bayer, Vereinsbank München Kto.-Nr. 977 263 · Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich DM 36,- zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer DM 6,-. Die DDS erscheint zweimonatlich.

ADRESSENÄNDERUNG: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

GESTALTUNG: Konturwerk, Herbert Woyke · SATZ: Fotosatz Kretschmann GmbH, Bad Aibling

DDS betreffende Schreiben direkt an die Redaktion: A1 Verlags GmbH, Hippmannstraße 11, 80639 München, ☎ (0 89) 17 27 48, Fax (0 89) 1 78 56 42.

Redaktions-/Anzeigenschluß: 10. April 2002

# Im HPR gibt's viel zu tun!

Von Gabi Gabler und Gele Neubäcker, GEW-Vertreterinnen im Hauptpersonalrat.

## **Weg mit der Regelbeurteilung! Weg mit der Quotierung!**

Als im Jahr 1999 die Entwürfe zur »Reform« der dienstlichen Beurteilung diskutiert wurden, war uns in der GEW schnell klar: »S' kommt nix Bessres nach!« (DDS 1-2/2001). In den Gremien wurde um die eine oder andere Korrektur gerungen, ohne dass das bayerische System der Regelbeurteilung grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Orientiert an anderen Bundesländern, wo wir auf fassungsloses Staunen treffen, wenn wir über unser Beurteilungssystem berichten, und an den Möglichkeiten des Bayerischen Beamtenrechts haben wir uns im Dezember 1999 mit einer Eingabe an den Bayerischen Landtag, das Finanzministerium und das Kultusministerium gewandt. Ziel war, die Laufbahnverordnung für bayerische BeamtInnen so zu ändern, dass für LehrerInnen eigene Richtlinien entwickelt werden können, in denen es primär um Beratung der Schule an Stelle der Beurteilung der einzelnen LehrerInnen geht. Wir forderten auch, den 16-Punkte-Merkmalokatalog außer Kraft zu setzen und wandten uns gegen die Quotierung (s. DDS 1-2/2000).

Dies alles sei nicht möglich und auch gar nicht nötig, hieß es in der Antwort und im Protokoll der Ausschusssitzung, denn »auch wenn man die dienstliche Beurteilung als Instrument der Personalführung ablehnt, bleibt sie wegen ihrer weiteren Funktionen ... unverzichtbar«. Und: »Im Wege einer grundlegenden Modifikation wurde das Beurteilungssystem den gestiegenen Anforderungen einer modernen, leistungsorientierten Verwaltung angepasst und erkannte Schwachstellen behoben«. Weiter: »Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat nicht vorgegeben, welche Prädikate an wie viele LehrerInnen ... vergeben werden dürfen«.

Inzwischen sind die Richtlinien und die bestrittenen Richtwertvorgaben in Kraft und insbesondere die Ergebnisse aus dem Beurteilungsjahr 2001 haben zu exorbitanter Enttäuschung, Verärgerung und Wut in den Kollegien geführt. So stößt z. B. zu Recht auf Unverständnis, dass zwölf Einzelmerkmale mit Punkten ver-



sehen werden, der Gesamtwert sich jedoch nur aus dreien davon zusammensetzt (s. DDS 3-4/2000). Noch mehr sind es die vielen Unstimmigkeiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Quotierung, die KollegInnen das Vertrauen in den Dienstherrn (endgültig?) verlieren lassen. Laut KMS gelten die Richtwerte (Gesamtdurchschnitt maximal 9 Punkte und höchstens 30 Prozent der Beurteilten dürfen 11 oder mehr Punkte erhalten) für LehrerInnen an Gymnasien, Realschulen und beruflichen Schulen im Aufsichtsbezirk eines Ministerialbeauftragten. Tatsächlich aber sind Schulschnitte einzuhalten. SchulleiterInnen von Gymnasien sind nach unseren Informationen mündlich dazu angehalten worden, die Richtwerte für jede einzelne Schule umzusetzen und werden andernfalls schriftlich aufgefordert, die vorgesehenen Beurteilungen zu überprüfen und zumindest um »weitgehende Annäherung an den Erwartungswert« gebeten.

Auch an Volksschulen werden die Vorgaben der Rechtsprechung nicht eingehal-

ten. Diese geht von mindestens 120 Personen als Voraussetzung für eine Quotierung aus. Tatsächlich aber wurden im Jahr 2000 pro Schulamtsbezirk durchschnittlich etwa 40 LehrerInnen beurteilt. Dies entspricht gerade einem Drittel der gerichtlich vorgegebenen Mindestgröße.

Ganz besonders unangenehm ist es, wenn Gabi Gabler und ich als Mitglieder des HPR gegenüber KollegInnen ein Schreiben rechtfertigen müssen, das wie folgt beginnt: »Der Hauptpersonalrat und das Staatsministerium für Unterricht und Kultus haben ... schulartübergreifend Richtwerte mit folgendem Inhalt festgesetzt ...«.

Wir betrachten die derzeitige Beurteilungspraxis als unhaltbar und sehen im Interesse der betroffenen und enttäuschten KollegInnen sofortigen Handlungsbedarf für uns GEW-Vertreterinnen im HPR. Deshalb stellten wir am 18. Februar 2002 einen Antrag an den HPR mit folgendem Inhalt: Der HPR möge das KM auffordern, den ursprünglich bis 2003 vereinbarten Probelauf der Richtlinien und Richtwertvorgaben umgehend zu stoppen. Die Beurteilungen seit 2000 sollen für nichtig erklärt werden und bis zur Vereinbarung über neue Formen von Personalführung und Personalauswahl sollen die letzten Prädikatsbeurteilungen gelten.

Wir halten dies für die fairste Form der Schadensbegrenzung. Wer mit seiner aktuellen Beurteilung zufrieden ist – wir kennen allerdings keinen solchen Fall –, könnte eine aktuelle Leistungseinschätzung beantragen, in der die gute Beurteilung quasi fortgeschrieben werden könnte. Die GEW hat die LehrerInnenverbände in einem Schreiben aufgefordert, unseren Antrag zu unterstützen und an Kultusministerin Hohlmeier ging ein Schreiben mit entsprechendem Inhalt.

Wir sind optimistisch, dass wir mit unseren Forderungen Erfolg haben, denn in den Verbänden und in den Parteien hat offensichtlich ein Sinneswandel stattgefunden und (fast) alle melden sich zu Wort. So fordert die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände ein neues Verfahren, und der BLLV fordert unisono mit uns: »Weg mit der Regelbeurteilung, weg mit der Quotierung!« Die SPD fordert in einem Dringlichkeitsantrag, »...

das derzeitige Beurteilungssystem sofort zu stoppen.« Für ganz besonders bemerkenswert halten wir den Auftrag der CSU-Fraktion an die Staatsregierung, »ein eigenständiges Beurteilungssystem für Lehrkräfte zu schaffen.« Die periodischen Beurteilungen sollen auf ein »unverzichtbares Mindestmaß« festgelegt werden. Danach seien »Leistungsberichte« zu erstellen, die »aber keine Bewertung nach Punkten oder Noten enthalten.« Wir weisen auf unsere Eingabe von 1999 und freuen uns, dass wir die CSU offensichtlich inspirieren konnten!

### **Altersteilzeit retten!**

»Junge Lehrkräfte einstellen, ältere entlasten!« – unter diesem Motto erkämpfte die GEW erfolgreich die Einführung der Altersteilzeit für bayerische LehrerInnen. Seither nehmen zahlreiche KollegInnen Altersteilzeit gerne in Anspruch und machen dadurch Stellen für junge KollegInnen frei und vermeiden außerdem zahlreiche Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit. Derzeit werden jedoch Stimmen laut, die die Altersteilzeit einschränken oder gar abschaffen wollen. So geht nach der Meinung von Finanzminister Faltlhauser der Gesellschaft zu viel Erfahrung von älteren LehrerInnen verloren, wenn 38 Prozent der Anspruchsberechtigten die Altersteilzeit auch tatsächlich in Anspruch nehmen.

Die GEW wehrt sich vehement dagegen, dass die älteren KollegInnen zur Manövrierreserve einer jahrelangen verfehlten Einstellungs politik der Regierung werden. Nach wie vor liegt die Einstellungsquote erfolgreich ausgebildeter LehrerInnen in Bayern unter 50 Prozent. Wir fordern daher als Sofortmaßnahme attraktive Weiterqualifizierungsangebote, die z. B. arbeitslosen GrundschullehrerInnen den Einsatz an einer anderen Schulart ermöglichen, und die Öffnung des LehrerInnenarbeitsmarktes auch für BewerberInnen aus anderen Bundesländern nicht nur im so genannten Ringtauschverfahren. Mittel- und langfristig fordern wir eine kontinuierliche und solide Einstellungs politik, die eine gleichmäßige Altersstruktur in Kollegien gewährleistet.

Die Einschränkung der Altersteilzeit wird die GEW durch eigene Initiativen, im HPR und zusammen mit anderen Gewerkschaften und dem DGB mit allen Mitteln bekämpfen.

### **Gleichstellung endlich durchsetzen**

Seit dem 24. Mai 1996 ist das bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (BayGlG) in Kraft. Es soll zehn Jahre lang gültig sein und sich im Laufe dieser Zeit selbst überflüssig gemacht haben. Bis dahin sollen an allen obersten Behörden Gleichstellungsbeauftragte und bei allen Dienststellen mit weniger als hundert Beschäftigten AnsprechpartnerInnen dafür gesorgt haben, dass der Auftrag des Gesetzes, nämlich »Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Bayern (...) unter Wahrung des Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (...)« zu fördern ausgeführt wird.

Zu diesem Zweck müssen alle drei Jahre Gleichstellungskonzepte vorgelegt werden. Diese Konzepte sollen zunächst einmal die bestehende Situation beschreiben, also etwa das Verhältnis Mann/Frau bei Teilzeit oder bei Funktionsstellen. Aus den Erkenntnissen, die diese Beschreibungen liefern, sind Möglichkeiten zu entwickeln und zu beschreiben, wie Chancengleichheit erreicht werden könnte, wie Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen wäre oder wie die evtl. vorhandenen Unterschiede in der Besetzung von Funktionsstellen ausgeglichen werden könnten.

Das Gesetz listet Maßnahmen »zur Förderung der Gleichstellung« auf: So darf ein Arbeitsplatz grundsätzlich nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden. Sind Frauen im Bereich der zu besetzenden Stelle unterrepräsentiert, müssen sie bei der Ausschreibung besonders dazu aufgefordert werden, sich zu bewerben.

Soweit das Gesetz, nun zur Umsetzung: Gleichstellungsbeauftragte werden nicht gewählt, sondern bestimmt. Sie sind selbst Mitglied der Behörde, um deren Gleichstellung sie sich bemühen. Ihnen fehlen jedoch Freistellungen wie auch besondere Rechte für ihre Tätigkeit. Sie können nur auf das Wohlwollen der jeweiligen Vorgesetzten vertrauen und häufig ist dieses Vertrauen ungerechtfertigt.

Die vom Gesetz vorgeschriebenen AnsprechpartnerInnen, die im günstigsten Fall mit der Gleichstellungsbeauftragten ein Netzwerk gründen können, fehlen an sehr vielen Dienststellen, oder den existierenden fehlt es an Motivation, weil sie ohne ihr eigenes Zutun bestimmt wurden.

Im Kultusministerium wurden bereits zwei Gleichstellungskonzepte geschrieben. Beide waren jedoch allenfalls Zustandsbeschreibungen und weisen zudem viele Lücken auf. Es ist nur schwer möglich, Statistiken der dienstlichen Beurteilungen in den einzelnen Schularten zu bekommen, die nach Frauen und Männern, nach Vollzeit und Teilzeit aufgespalten sind. Solange aber nach »Eignung, Leistung und fachlicher Befähigung« befördert wird, können nur die geschlechtsspezifischen Zahlen Auskunft über die wahre Benachteiligung von Frauen und (damit) von in Teilzeit Beschäftigten geben. Wir GEW-Frauen fordern im HPR die Zahlen immer wieder an, beantragen das Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten, weisen auf die Crux mit der dienstlichen Beurteilung hin. Deren Ausgestaltung kann niemals zu einer frauenfreundlichen Beurteilungspraxis führen. Die Beurteilenden müssen dafür sensibilisiert werden, dass Teilzeit wirklich Teilzeit bedeutet und nicht eine unterbezahlte Vollzeitbeschäftigung. Sie müssen nachhaltig darauf hingewiesen werden, dass auch Teilzeitbeschäftigte gute Beurteilungen bekommen und Funktionen in der Schulleitung ausüben können.

Wir plädieren für andere Praktiken, Funktionsstellen zu besetzen. Es sollten Fortbildungen angeboten werden, die für Leitungspositionen qualifizieren. Das käme sicher nicht nur den Frauen zu Gute. Allerdings sollte ein Teil dieser Kurse allein für Frauen angeboten werden, um deren Motivation zu stärken, zumindest solange die Zahl der Frauen in Funktionsstellen nicht in Relation steht zu ihrer Beschäftigtenzahl (also noch mindestens hundert Jahre!).

Im Entstehungsjahr des Gleichstellungsgesetzes wurde von der Europäischen Union das Konzept des »Gender Mainstreaming« in die europäischen Länder geschickt. Kurz gesagt soll es »in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter einbeziehen«. Auf eine Landtagsanfrage vom Februar 2001 versprach das Sozialministerium, ein entsprechendes Konzept würde vorbereitet, über das der Ministerrat noch 2001 entschieden haben wollte. Weder Konzept noch Entscheidungen wurden bisher in irgendwelchen Veröffentlichungen gefunden.

Auch darum müssen wir uns im HPR kümmern. Ja, wirklich, es gibt viel zu tun im HPR. Wir würden es gerne machen.

# Für ein besseres Gymnasium

Von Johanna Spreitler, Spitzenkandidatin der GEW für die Gymnasien.



Johanna Spreitler

Ich wurde 1949 in München geboren, studierte in Regensburg Germanistik und Anglistik für das Lehramt an Gymnasien und legte das 1. Staatsexamen im Wintersemester 1976, das 2. im Herbst 1978 ab. Seit Februar 1979 unterrichte ich mit erziehungsbedingten mehrjährigen Unterbrechungen am Allgäu-Gymnasium in Kempten und bin seit einigen Jahren 1. Fachbetreuerin in Deutsch.

Ich bin verheiratet und habe drei Kinder im Alter von 16 bis 22 Jahren. Meine Erfahrungen als Schülermutter erweisen sich als ausgesprochen wertvoll für die tägliche Arbeit als Lehrerin: Kindern und Jugendlichen kann ich bei Problemen im Schulalltag gelassener begegnen und ihnen kreativ Hilfestellungen geben, Elterngespräche lassen sich durch gemeinsame Erfahrungen entzerrter und weniger polarisierend führen. Allerdings musste ich wie viele andere Kolleginnen erfahren, dass derartige Fähigkeiten und Erfahrungen in den hierarchischen Schul- und Verwaltungsstrukturen nicht gefragt sind und man durch Erziehungszeiten und Teilzeit ins Abseits geraten kann. Daran hat sich trotz mancher »Nachbesserungen« bei der Teilzeit wenig geändert. Und dies widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung: KollegInnen darf der Erziehungsurlaub (das gilt auch für die wenigen Männer, die ihn beanspruchen) nicht zum Nachteil gereichen, was ihre Bewerbung für Funktionsstellen angeht, wie es bis jetzt in der Praxis immer noch der Fall ist.

## Das Gymnasium ist verbesserungsfähig

Gemeinsam mit der Landesfachgruppe Gymnasien trete ich für eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten ein. Im Zusammenhang mit der Lehrplanrevision und der geplanten Oberstufenreform haben wir uns in verschiedenen Kontaktgremien zwischen ISB und KM engagiert, um unsere Vorstellungen von Inhalten und Methodik eines modernen, schülerzentrierten Unterrichts zu vertreten. Ich selbst fungiere dabei als Ansprechpartnerin für die Referentin für Deutsch am ISB.

## Arbeitsschwerpunkte

1998 kandidierte ich erstmals auf der Liste der GEW für die HPR-Wahlen. Seit zwei Wahlperioden bin ich Mitglied im Personalrat des Allgäu-Gymnasiums, seit Sommer 1998 als dessen Vorsitzende. Ich engagiere mich in einer überregionalen Arbeitsgruppe der südschwäbischen Personalräte.

Weiter bin ich im Bereich der Schulinternen Lehrerfortbildung (SCHILF) tätig und gebe Kurse zum Kreativen Schreiben für die GEW und als Referentin an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen.



Wie die anderen Mitgliedern der Fachgruppe glaube ich, dass das Gymnasium wie jede andere Schulart strukturelle Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen deutlich macht und in vieler Hinsicht verbesserungswürdig ist. Allerdings meinen wir auch, dass es verbesserungsfähig ist.

Nach fünfundzwanzigjähriger Arbeit im und am bayerischen Gymnasium ist diese Schulform Teil meiner beruflichen Realität und – damit engstens verknüpft – Teil meiner persönlichen Identität. Ich vertrete mit dieser Haltung einen großen Teil meiner KollegInnen am Gymnasium – und sehe dies auch als meine Aufgabe im Hauptpersonalrat.

Als Mitglied des Hauptpersonalrats sehe ich meine Arbeitsschwerpunkte in der Aufhebung der strukturellen Benachteiligung von Frauen, dem Abbau überkommener Hierarchien und der Förderung demokratischer Formen, notwendig geworden aufgrund aktueller Fehlentwicklungen im Personalmanagement der staatlichen Schulen in Bayern, sprich der zwangsweisen Durchführung eines antiquierten, unwürdigen und in seiner Konsequenz demotivierenden Beurteilungssystems mit entsprechenden negativen Folgen für die Berufszufriedenheit der KollegInnen und den Arbeitsfrieden an den Schulen.

# Schule in Bayern verändern

Von Robert Wingerter, Spitzenkandidat der GEW für die Realschulen.



Robert Wingerter

Mein Name ist Robert Wingerter und ich bin Lehrer an der Staatlichen Realschule Regensburg I bzw. der »Realschule am Judenstein«. Ich unterrichte die Fächer Mathematik, Rechnungswesen, Wirtschafts- und Rechtslehre, Sozialkunde, Informatik und Ethik.

## Die Realschule ist im Umbruch

Ich kandidiere für den Bereich Realschulen – eine Schulform, die im Umbruch ist. Die Umstellung von 4 auf 6 Jahrgangsstufen und die Anpassung der Schulen an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden auch auf die Arbeitsbedingungen der RealschullehrerInnen Auswirkungen haben.

Es besteht die Gefahr, dass weitere Belastungen auf uns zukommen. Vor dem Hintergrund, dass eine große Anzahl von LehrerInnen vorzeitig aus dem Dienst ausscheidet, halte ich eine Überprüfung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit für unverzichtbar. In dieser Frage ist der Hauptpersonalrat gefordert.

Es ist nach wie vor unser Ziel, die bestehende Mehrheit der Verbandsvertreter zu brechen. Die GEW fordert seit langem Veränderungen an den Schulen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass Veränderungen nicht auf Kosten der Beschäftigten erfolgen.

## Motive und Erfahrungen

Mein Motiv für die Kandidatur ist der Wunsch nach einer veränderten Schule in Bayern.

Warum sollten ausgerechnet an den Schulen, in denen ja auf das Leben in einer demokratisch organisierten Gesellschaft vorbereitet werden soll, demokratische Entscheidungsprozesse die Ausnahme bleiben?

Kann die Regelbeurteilung, die ja für die Betroffenen keinerlei Hilfe, sondern vielmehr Belastung ist, wirklich nicht abgeschafft werden?

Ist eine qualifizierte Einbindung von Gremien wie LehrerInnenkonferenz, Personalrat, Schulforum bei der Auswahl von SchulleiterInnen Utopie?

Meine Erfahrungen sind ernüchternd. Veränderungsprozesse sind schwer voranzubringen und wenn, dann erfolgen sie in Form von Anordnungen von »oben nach unten«. Aber das kann sich ja noch ändern. Dafür, dass das endlich passiert, setze ich mich ein.

## Gemeinsam für die Interessen der Beschäftigten

Die GEW veröffentlicht regelmäßig Informationen für Personalräte. Diese sind sehr hilfreich.

Damit das auch so bleiben kann, brauchen wir auch im neu zu wählenden Hauptpersonalrat möglichst als VertreterInnen aller Schularten Mitglieder der GEW!



# Gemeinsam die Interessen der LehrerInnen vertreten

Von Gele Neubäcker, Spitzenkandidatin der GEW für die Grund- und Hauptschulen.



Gele Neubäcker

Ich bin 47 Jahre alt, ausgebildete Volksschullehrerin und Diplompädagogin. Ich unterrichte an einer Grund- und Hauptschule in Kempten (derzeit Teilzeit und nur Sport und LRS-Förderkurse) und bin dort auch als Beratungslehrerin tätig. Seit 1990 vertrete ich die GEW im örtlichen Personalrat und seit 1996 bin ich Mitglied im HPR.

Für die kommende Amtsperiode wurde ich von der Landesfachgruppe Grund- und Hauptschulen erneut für Platz eins auf der GEW-Liste vorgeschlagen und kandidiere dort für die Gruppe »Lehrer an Volksschulen« im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium. Diese Gruppe ist mit zehn Mitgliedern die größte im 25-köpfigen Hauptpersonalrat. Neben 22 StandesverbandsvertreterInnen haben wir drei Gewerkschaftsvertreterinnen (Gabi Gabler für die Gruppe »Sonderschulen« und eine ver.di-Vertreterin für die Gruppe »Angestellte«) es nicht leicht.

## Das PVG für die Beschäftigten nutzen

Wir GEW-lerinnen setzen uns gegen bildungs- und beschäftigungspolitische Zumutungen auch mit politischen Argumenten zur Wehr. Wir kämpfen darum, dass das ohnehin schon restriktive bayerische Personalvertretungsgesetz im Sinne unserer KollegInnen angewandt wird – und nicht nur im Sinne des KM. Wir hel-

fen KollegInnen bei der Durchsetzung berechtigter Ansprüche, geben Tipps bei geplanten Versetzungen und dienstlichen Beurteilungen und Unterstützung in Konfliktsituationen.

## Mehr Zusammenarbeit

Manches hätten wir gern anders. Wir wünschen uns viel mehr Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen – so wie es unserem Selbstverständnis als Bildungsgewerkschaft entspräche. Wir wünschen uns viel mehr Gemeinsamkeit gegenüber dem KM, wenn es um Fragen des Arbeitsplatzes Schule geht. Und wir wünschen uns, dass unsere Argumente in den Sitzungen nicht so oft abgetan werden, nur weil sie von der GEW kommen.



Manchmal müssen wir auch lachen, um nicht zu weinen: Wenn das Ergebnis der Neuwahl des HPR-Vorsitzenden bereits Wochen vor der Durchführung der Wahl im BLLV-Kalender zu lesen ist, geht es für uns um Grundfragen eines demokratischen Miteinander. Da helfen auch persönliche Entschuldigungen des BLLV-Präsidenten und die Versicherung, wie peinlich das alles sei, wenig.

## Mehr Engagement

Die Umsetzung des bayerischen Gleichstellungsgesetzes wird nicht vehement genug eingefordert. Die neuen Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung fanden eine

Mehrheit und sogar die unsägliche Quotierung der Ergebnisse. Der HPR sei zur Zustimmung genötigt worden, soll sich ein Mitglied in einer öffentlichen Veranstaltung dafür gerechtfertigt haben. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte das KM über den Weg der Einigungsstelle Zugeständnisse machen oder aber sich autoritär durchsetzen und sein wirkliches (Nicht-)Interesse an »vertrauensvoller Zusammenarbeit« zeigen müssen.

## Die GEW hat überzeugende Argumente

Trotz allem betrachte ich unsere Arbeit im HPR als sinnvoll. Es gelingt uns immer wieder, »Sand ins Getriebe zu streuen« und Diskussionen auf den Punkt zu bringen. Die tatsächliche Entwicklung bestätigt oft unsere Bedenken und stärkt unsere Position.

Nicht zuletzt gehen wir davon aus, dass unsere Argumente, wenn auch nicht beim ersten Anlauf, doch noch überzeugen. Was Beurteilung und Quotierung betrifft, sind deutliche Signale erkennbar. Die Reaktion der betroffenen KollegInnen bestätigt uns und hilft den Standesverbänden offensichtlich auf die Sprünge.

Wir erhalten viele Informationen, die in den anderen Personalratsgremien und in den Fachgruppen der GEW diskutiert werden. In regelmäßigen PR-Konferenzen und PR-Schulungen tauschen wir uns aus und erhalten positives feed-back. Die Resonanz bei unseren Referaten in Personalversammlungen ist stets ermutigend. In Zusammenarbeit mit der GEW-Geschäftsstelle können wir KollegInnen mit Problemen am Arbeitsplatz umfassend informieren und ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen. Die Arbeit im Personalrat und im Zusammenhang damit kann auch Spaß machen – besonders die gute Zusammenarbeit in der »GEW-Fraktion«. Sie erweitert nicht nur meinen personalvertretungsrechtlichen Horizont, sondern auch den fachlichen und persönlichen.

Wenn die GEW in der kommenden Amtszeit mit mehr KollegInnen als bisher im HPR vertreten ist, können einige der genannten und nicht genannten Wünsche in Erfüllung gehen!

# Für die Stärkung der Berufsschulstandorte

Von Toni Hartl, Spitzenkandidat der GEW für die Beruflichen Schulen.



Toni Hartl

Ich bin verheiratet und habe 4 Kinder und damit auch ausreichend Schulerfahrung aus Elternsicht. Als Fachlehrer für Backberufe an der Staatlichen Berufsschule Bad Tölz bin ich in Abordnung an der Staatlichen Berufsschule Garmisch-Partenkirchen tätig.

## Krisenmanagement

Der Bereich der Beruflichen Schulen ist, neben dem Ärger mit dem Arbeitszeitkonto, dadurch gekennzeichnet, dass wir die »innere Schulreform« nur als leere Worthülse erleben. Die Ausstattung vieler Schulen mit notwendigen modernen Unterrichtsmitteln ist, gelinde gesagt, mehr als mangelhaft. Die laufende Umorganisation der Beruflichen Schulen zu so genannten »Kompetenzzentren« hat im praktischen Ergebnis wohl ausschließlich wachsende Klassenstärken zum Ziel. Dabei haben wir schon jetzt durch die ständig wachsenden Belastungen hohe Krankenstände und dadurch verschlechtert sich das Betriebsklima oft noch weiter.

Um dem abzuwehren, setzt sich die GEW für die Stärkung der Berufsschulstandorte durch die Verknüpfung von Erst- und Weiterbildung ein.

Die gegenwärtig praktizierte Form der Ermittlung von Soll- und Ist-Unterrichtspflichtzeit an den Berufsschulen lehnt die GEW ab, da sie den Beschäftigten nicht

nur mehr Arbeit bei gleicher Bezahlung aufbürdet, sondern bei einer immer schlechteren Arbeitssituation zur weiteren Verdichtung der Arbeit führt.

Außerdem fordert die GEW die Verbesserung der Attraktivität der BerufsschullehrerInnenausbildung und den Erhalt der pädagogischen Qualifikation auch bei Traineemaßnahmen für SeiteneinsteigerInnen.

## Verstärkung tut Not

Ich habe viele Erfahrungen in der Personalratsarbeit gesammelt, 14 Jahre davon als Vorsitzender des Personalrats meiner Dienststelle, aber immer wieder feststellen müssen, dass man nicht genug Zeit hat, um allen Ansprüchen und Erfordernissen gerecht zu werden.

Die Schwerpunkte meiner Arbeit als Hauptpersonalrat zu nennen fällt mir des-

halb schwer, weil ich Personalratsarbeit bisher überwiegend als permanentes Einzelkrisenmanagement erlebt habe. Anzustreben ist nach meiner Ansicht eine verbesserte Kommunikation zwischen den StufenpersonalrätInnen und den örtlichen PersonalrätInnen.

Ähnlich den Dienstbesprechungen der SchulleiterInnen muss es die Möglichkeit einer gleichwertigen Zusammenarbeit auch zwischen den örtlichen PersonalrätInnen geben.

Die mangelnde Bereitschaft der Schulleitungen, fehlende Informationen, kaum Freistellungen erschweren die Personalratsarbeit für die Beruflichen Schulen zusätzlich. Helfen könnte hier sicherlich, wenn der Hauptpersonalrat Verstärkung durch weitere GEW-VertreterInnen erhalten würde.

Wählt deshalb nicht nur GEW, sondern werbt auch intensiv für die GEW und ihre KandidatInnen.





# Für eine Schule für alle

Von Gabi Gabler, Spitzenkandidatin der GEW für die Förderschulen.



Gabi Gabler

Ich heiße Gabi Gabler, bin 47 Jahre alt und Lehrerin an einer Schule für körperbehinderte Kinder und Jugendliche.

Seit vielen Jahren bin ich Mitglied in Personalräten auf verschiedenen Ebenen. Zunächst gehörte ich dem PR für Sonderschulen bei der Bezirksregierung von Oberbayern an, da es im Bereich Förderschulen zwar regional zuständige SchülerrätInnen, aber keine regional zuständigen Personalräte gibt.

Seit 1990 vertrete ich mit Unterbrechungen durch Erziehungszeiten (zwei schulpflichtige Söhne in Grundschule und Gymnasium, und deswegen auch sehr persönlich gefärbte Einblicke in diese Schularten) die KollegInnen im Hauptpersonalrat am Kultusministerium. Dafür habe ich inzwischen schon oft kandidiert, weil je nach politischer Lage das Ministerium mal mit, mal ohne Wissenschaft und Kunst war und jedesmal neu zu wählen war.

## Netzwerk für die Beschäftigten

Ich kandidiere in diesem Jahr wieder, weil ich einzelnen KollegInnen in ihrer speziellen Situation helfen möchte bei ihren persönlichen Problemen – sei es, dass sie versetzt werden wollen oder mit dem Resultat ihrer dienstlichen Beurteilung unzufrieden sind. Wenn wir VertreterInnen der GEW im HPR auch zahlenmäßig den anderen Gruppierungen unterlegen sind,

so haben wir doch zusammen mit Personalrats-Mitgliedern in anderen Ebenen ein Netzwerk geschaffen, das den Beschäftigten aktiv zur Seite stehen kann.

Außerdem verstehe ich den Hauptpersonalrat auch als ein politisches Gremium, denn er könnte im positiven Fall der Behörde rückmelden, wie ihre Aktionen bei den Beschäftigten ankommen und vor allem auch, wie es ihre Untätigkeiten tun.

## Geschlossener Auftritt gegenüber dem Dienstherrn

Der HPR spiegelt in seiner Zusammensetzung unser gegliedertes Schulsystem wider. Ich kandidiere für die Gruppe der LehrerInnen an Förderschulen, weil das

nen GEW-Fraktion von Anfang an ein Grund, Widerstand zu leisten.

- Auch den Verantwortlichen im Kultusministerium muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass mit Vertrauen mehr Qualität zu erreichen ist als mit willkürlicher Kontrolle.
- Die Benachteiligung der Frauen bei dienstlicher Beurteilung und Besetzung von Funktionsstellen ist auch schulartübergreifend.
- An allen Schularten treffen KollegInnen auf Bedingungen, die krank machen können. Damit meine ich nicht nur PCB- und asbestverseuchte Klassenzimmer. Dass große Klassen, Arbeitszeitkonto, Zusatzaufgaben ohne Stundenermäßigung, permanente Kontrolle vor allem in der Summe die Gesundheit gefährden, muss den Ver-



meinem Arbeitsplatz entspricht. Viel lieber würde ich jedoch für eine Gruppe »Schule« kandidieren, für einen Personalrat, der eine »Schule für alle« vertritt, für einen Personalrat, in dem sich die einzelnen Gewerkschafts- und VerbandsvertreterInnen in der Sache streiten und anschließend der Dienststelle gegenüber geschlossen auftreten, um diese Sache zu vertreten.

Denn es gibt sehr viele Probleme, die nicht alleine meine Schulform betreffen:

- Die »Reform« der dienstlichen Beurteilung und die Einführung der unsäglichen Quotierung war unserer klei-

treterInnen des Dienstherrn immer wieder vor Augen gehalten werden.

- Privatisierung mag die materielle Ausstattung einzelner Schulen verbessern. Sicher ist sie jedoch in keiner Schulart dazu geeignet, demokratische Strukturen zu festigen.

Wie Gele Neubäcker wünsche ich mir oft, wir könnten all diese Inhalte mit großer Geschlossenheit und großem Nachdruck dem Kultusministerium gegenüber vertreten. Vielleicht gelingt es uns ja bei diesen Wahlen, den Anteil an GEW-KollegInnen im HPR zu erhöhen.

# Personalratswahlen bei Kommunen und Trägern

Von Günther Schedel-Gschwendtner.



Falls es noch nie einen Personalrat gegeben hat, kann ein solcher jederzeit neu gegründet werden. Die Initiative kommt dabei entweder vom Dienstvorgesetzten oder von einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft.

Bei der Neugründung, bei der Bestellung eines Wahlvorstandes oder bei einer Kandidatur hilft euch die GEW Bayern – insbesondere aber der Kreisverband vor Ort. Eine komplette Adressenliste der bayerischen GEW findet ihr in der DDS 1-2/2002.

## Personalratswahlen bei öffentlich-rechtlichen Trägern

Übrigens: Personalräte sind nicht nur in staatlichen oder kommunalen Dienststellen zu wählen, sondern bei allen öffentlich-rechtlichen, nicht-kirchlichen Trägern, also auch beim Bayerischen Roten Kreuz, der IHK, der Handelskammer, beim Bayerischen Jugendring, bei Zweckverbänden, Stiftungen des öffentlichen Rechts u. ä.

Wenn andere DGB-Gewerkschaften (z. B. ver.di) an der Personalratswahl beteiligt sind, sollten nach Möglichkeit gemeinsame Listen gebildet werden!

Liebe KollegInnen, eines der folgenden Probleme kommt euch sicher bekannt vor:

### Personalratswahlen in den Kommunen

**Die Gemeinde** beschließt wegen zurückgehender Kinderzahlen die Schließung einer Kindergartengruppe. Es gibt betriebsbedingte Kündigungen. Wer muss gehen?

**Der pauschale Überstundenausgleich** (zwischen Weihnachten und Neujahr) deckt immer weniger den wahren Umfang ab, stattdessen wird unbezahlte Mehrarbeit geleistet. Wie wird der Freizeitausgleich geregelt?

**Kein Geld** – sagt die Gemeinde – für Fachberatung, Fortbildungen und Supervision. Muss unbezahlt Urlaub genommen werden? Muss die Fachberatung selbst bezahlt werden?

Wie ihr sicher wisst, unterliegen diese und andere betriebliche Probleme der Mitwirkung/Mitbestimmung seitens eines Personalrats, so es einen gibt!

Als Beschäftigte einer Gemeinde mit mindestens 5 MitarbeiterInnen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) habt ihr das Recht, einen Personalrat zu wählen bzw. dafür zu kandidieren.

Zwischen Mai und Juli 2002 werden in Bayern Personalräte gewählt.

Als Wahltermin ist in vielen Kommunen dafür der 11. Juni 2002 festgelegt, darum überlegt euch:

- Braucht ihr einen Personalrat?
- Ist der Erziehungsbereich im Personalrat vertreten?
- Ist schon ein Wahlvorstand bestellt?
- Seid ihr im Personalrat vertreten bzw. gibt es KandidatInnen dafür?

An alle GEW-Mitglieder des Bezirksverbandes Oberbayern und des Stadtverbandes München – besonders die PersonalrätInnen

### Personalratswahlen im Juni 2002

**Wer hilft uns beim Wahlkampf?**

Du!

**Was kannst du machen?**

An deiner Schule Material verteilen und auslegen!

**Wie komme ich ans Material?**

Über deinen Kreisverband oder so: Möglichkeit zum Abholen und zum Tausch von Material für den Personalratswahlkampf

- der neu erstellte Ratgeber
- die Prospekte je nach Schularten unterschiedlich
- Tausch von selbst erstellten Plakaten ...
- Bereitstellung von Texten in digitaler Form

**Wann?**

am 26. April  
zwischen 16.00 und 18.00 Uhr

im Raum 080  
im Gewerkschaftshaus in München

Peter Caspari (BV Obb.) – Michael Lanzenstiel (SV München) – Wolfram Witte (SV München)

# Die Zusammenarbeit muss etwas bewegen

Zu einem Gespräch über die ersten Erfahrungen mit ver.di trafen sich Schorsch Wiesmaier, Vorsitzender der GEW Bayern und Josef Falbisoner, Vorsitzender von ver.di Bayern unter der Gesprächsleitung von Helga Ballauf. Transkript: Karin Ehler

## Struktur von ver.di

WIESMAIER: Ich denke, dass viele unserer Mitglieder über die Details des Aufbaus der neuen Gewerkschaft nicht so gut Bescheid wissen. Vielleicht kannst du uns berichten, wie ver.di in Bayern aussieht, was die Mitgliederzahlen oder die Fachbereiche betrifft.

FALBISONER: Ver.di in Bayern ist der drittgrößte Landesbezirk. Wir haben hier 22 Standorte, an denen wir vertreten sind, insgesamt haben wir aber 13 Bezirke und auch 13 Fachbereiche. Das Ganze gliedert sich unterhalb der Landesbezirksleitung. Wichtig ist neben den Bezirken und den Standorten die Mitgliedernähe durch die Fachbereiche, und hier ist ein äußerst buntes Spektrum vorhanden, denn wir organisieren ca. 300 Branchen mit ca. 1.000 Berufen und bilden sie fachlich zugeordnet in den 13 Fachbereichen ab. Die Vorstände aller dieser Gremien sind ehrenamtlich. Wir haben ca. 293.000 Mitglieder in Bayern. In Bayern ist nur die IG Metall mit ca. 400.000 Mitgliedern noch größer.

WIESMAIER: Über die Einteilung in Ebenen und Fachbereiche wurde ja am Anfang viel diskutiert, besonders darüber, wie die Kompetenzen verteilt sein sollen. Funktioniert das jetzt oder gibt es da noch Meinungsverschiedenheiten?

FALBISONER: Strittig war am Anfang die Zahl der Bezirke. Da haben wir in Bayern den Kompromiss gefunden, in der Startorganisation 13, in der Zielorganisation 12 Bezirke. Die Fachbereiche waren in sich unstrittig. Noch nicht geklärt ist, wer macht an welcher Stelle was? Die Finanzen sind relativ unstrittig, weil sie durch Budgetierung vorgegeben sind, allerdings müssen wir alle erst lernen, damit umzugehen. Ein Beispiel für die zu diskutierende Zuständigkeit ist die Frauenarbeit: Frauenarbeit gibt es in der Ebene wie im Fachbereich.

WIESMAIER: Auf Landesebene gibt es alle 13 Fachbereiche. Wie weit nach unten gibt es sie?



FALBISONER: Theoretisch wären alle Fachbereiche in allen Bezirken möglich, allerdings wird das so nicht gehandhabt, denn nicht alle Bezirke sind gleich groß. In München ist alles abgebildet, aber in Bezirken wie Ingolstadt oder Schweinfurt sind nicht alle Fachbereiche hauptamtlich abgebildet, weil es nicht notwendig ist.

Der Fachbereich 5 war Platzhalter für die GEW, die wir sehr gerne in ver.di gesehen hätten. Aufgrund einer anderen Entscheidung sind wir jetzt auch in dem Bereich in einer gewissen Konkurrenzsituation, die wir nicht beschönigen, aber auch nicht dramatisieren sollten. Wir sollten versuchen, damit umzugehen, und ich denke, wenn wir uns an Problemfällen orientieren, sollte das möglich sein. Dieser Fachbereich existiert nach wie vor auch als Tor, damit die GEW eventuell einmal den Zutritt zu ver.di findet.

## Anfangsschwierigkeiten

WIESMAIER: In Bayern gibt es ver.di seit dem 29. April 2001. Hast du dir das Zusammenwachsen schwieriger oder einfacher vorgestellt, als es ist?

FALBISONER: Dass es schwierig ist, habe ich erwartet, aber dass so viele Details nachzuarbeiten sind, das habe ich unterschätzt. Das hängt aber auch damit zusammen, dass es nicht nur darum geht, Standorte aufzubauen, sondern dass auch Menschen zusammengeführt werden müssen. Es gibt persönliche Betroffenheiten. Aber ich würde sagen, 85 Prozent der Probleme haben wir jetzt gelöst.

WIESMAIER: Die Gewerkschaften, die da jetzt zusammengekommen sind – DAG, IG Medien, hbv, ÖTV, DPG –, waren ja politisch sehr unterschiedlich. Ist das zu spüren? Spielen inhaltliche Fragen überhaupt eine große Rolle in eurer derzeitigen Lage, oder seid ihr mit organisationspolitischen Fragen so beschäftigt, dass es kaum inhaltliche Diskussionen oder Kontroversen gibt?

FALBISONER: Das wäre fatal, wenn das die Organisation aufhalten würde! Wir führen derzeit eine Diskussion über ein neues ver.di-Programm für Bayern, und die Arbeitsgruppen sind so zusammengesetzt, dass das Spektrum, das ver.di in Bayern hat, sich darin auch wiederfindet. Eine Organisation dieser Größenordnung muss ein breites Spektrum haben.

## Schlagkraft

WIESMAIER: Ein Motiv für den Zusammenschluss zu ver.di war ja auch, gemeinsam schlagkräftiger zu werden. Siehst du dieses Motiv bestätigt?

FALBISONER: Die Größe allein hat uns nicht stärker gemacht, sondern was uns stärker macht, ist die fachspezifische Ausrichtung. Für unseren Fachbereich 1 Finanzdienstleistungen waren vorher 4 Gewerkschaften – hbv, DAG, ÖTV (für Sparkassen) und DPG (für Postbank) – zuständig, jetzt nur eine. Dadurch sind wir in dem Bereich ganz eindeutig stärker. In anderen Bereichen muss das erst noch geschaffen werden. Es wäre ideal, wenn wir z. B. im Bereich Verkehr auch so eine Stärke hätten.

WIESMAIER: Es gibt ja Befürchtungen, dass durch ver.di die Bedeutung des DGB abnimmt, weil die Gewerkschaften selbst so stark werden, dass sie den DGB nicht mehr brauchen. Wie siehst du das?

FALBISONER: Der DGB ist so stark, wie ihn die Einzelgewerkschaften machen. Ich will, dass der DGB wesentlich mehr Kompetenz und Stärke hat. Sonst befürchte ich, dass wir uns auf zwar starke, aber

nicht mehr geschlossene Richtungsge-  
werkschaften hinbewegen. Und das würde  
der Gewerkschaftsbewegung insgesamt in  
Deutschland sehr schaden. Ich möchte  
den DGB mehr als bisher stärken. Meine  
Utopie wäre ein Modell wie es der bayeri-  
scher Gewerkschaftsbund einmal war.

## GEW und ver.di

WIESMAIER: Welche Überschneidun-  
gen gibt es zur GEW?

FALBISONER: Es gibt zwei Überschnei-  
dungen. Das eine ist der Fachbereich 5,  
der Platzhalter für die GEW. Der andere  
Bereich ist der Fachbereich 7, das sind die  
Gemeinden, wo wir im Bereich Erziehe-  
rInnen, Kindergärten usw. die gewerk-  
schaftliche Vertretung haben. Hier ist es,  
glaube ich, mit gutem Willen von allen  
Seiten möglich, Lösungen zu finden. Im  
Fachbereich 5 sehe ich größere Probleme,  
denn da prallen wir stark aufeinander.  
Aber es muss auch da möglich sein, Lö-  
sungen zu finden.

WIESMAIER: Die Überschneidungen  
zwischen ver.di und der GEW liegen in  
der Praxis insbesondere im sozialpädago-  
gischen Bereich, und zwar bei den Erzie-  
herInnen und den SozialpädagogInnen,  
ob sie jetzt bei euch im Fachbereich 5 oder  
7 verankert sind. Die GEW Bayern hat  
gerade bei den ErzieherInnen in den letz-  
ten Jahren große Mitgliederzuwächse,  
meistens von unorganisierten und selten  
von vormaligen ÖTV- und jetzt ver.di-  
Mitgliedern. Wenn überhaupt, dann wer-  
den hier in den nächsten Jahren in der  
Praxis Konflikte entstehen. Weitere Über-  
schneidungen sehe ich im Hochschulbe-  
reich, aber mehr theoretisch als praktisch,  
und im Bereich der Fort- und Weiterbil-  
dung. Auch da haben wir deutliche Bei-  
trittszahlen, seit wir dafür eine Stelle ein-  
gerichtet haben. Da gibt es schon Proble-  
me, weil wir auch Haustarifverhandlun-  
gen führen und die Beschäftigten teils in  
der GEW, teils bei ver.di organisiert sind.  
Ich denke, man muss den gegenseitigen  
Organisationsbereich jeweils akzeptieren .

FALBISONER: Im Bereich 7 sehe ich  
Punkte, wo die GEW vor 10 Jahren nicht  
auf die Idee gekommen wäre, dort zu or-  
ganisieren. Vor 10 Jahren waren Erziehe-  
rInnen in Gemeinden usw. unstrittig in  
der Zuständigkeit der ÖTV. Ich würde

vorschlagen, dass wir vor allem wegen  
dem Fachbereich 7 in der nächsten Zeit  
Gespräche führen.

WIESMAIER: Darüber müssen wir im  
Detail reden, denn wir hatten ja in dem  
Bereich schon Konflikte. Die Argumenta-  
tion »Ein Betrieb, eine Gewerkschaft«  
können wir nicht akzeptieren, das trifft  
für uns nicht zu. Wir sind eine Branchen-  
gewerkschaft und organisieren nach Pro-  
fession. Ich denke, wir werden schon Lö-  
sungen finden, aber wir werden auf dem  
Standpunkt beharren: Prinzipiell können  
sich bei uns alle KollegInnen organisieren,  
die im Erziehungs-, Bildungs- und Wis-  
enschaftsbereich tätig sind, egal wo sie  
beschäftigt sind.

BALLAUF: Du sprichst jetzt vom Fachbe-  
reich 7. Aber wie ist das dann mit dem  
Fachbereich 5, wenn du sagst, da ist die  
GEW klare Konkurrenz?

FALBISONER: Da ist der Konflikt schon  
deswegen da, weil die GEW aus dem Ver-  
einigungsprozess ausgestiegen ist, aber wir  
können ihn so führen, dass wir in der Au-  
ßenwirkung beim Thema Bildungspolitik  
in einer Sprache sprechen, z. B. hin zur  
Staatsregierung.

WIESMAIER: Unsere haupt- und ehren-  
amtlichen MitarbeiterInnen im Bereich  
Sozialpädagogik stellen die Sache so dar,  
dass bei der GEW der fachliche, profession-  
elle Aspekt sehr im Vordergrund stand,  
während bei der ÖTV der Schwerpunkt  
bei der Tarifpolitik lag. Zudem sind wir  
mehr eine Gewerkschaft zum Anfassen  
und Mitmachen, klein und mit kurzen  
Wegen, das spielt auch eine Rolle.

FALBISONER: Momentan haben wir  
sehr viele Firmen, die Aus- und Fortbil-  
dungsstellen auf- und ausbauen. Da müs-  
te man dann sagen, jemand, der in einer  
solchen Firma in diesem Bereich arbeitet,  
gehört zur Abteilung Fort-/Weiterbildung  
der GEW. Aber da sehe ich schon Proble-  
me, wenn eine große Telekommunikations-  
firma z. B. 300 Leute für die Lehre  
einsetzt und die GEW sagt, das ist ihre  
Klientel.

## Inhalt oder Struktur

BALLAUF: Da prallen einfach zwei Kon-  
zepte aufeinander. Eine ErzieherIn ist viel

leicht heute bei der Stadt angestellt, mor-  
gen bei einem kirchlichen und übermorgen  
bei einem freien Träger, und trotzdem  
möchte sie nicht jedesmal die Gewerk-  
schaft wechseln, sondern dahin gehen, wo  
sie in ihrer Fachlichkeit aufgehoben ist.

WIESMAIER: Wir haben ja früher schon  
ein Gespräch geführt, wo du den Vor-  
schlag gemacht hattest, eine Art Clearing-  
stelle einzurichten, um bei auftretenden  
Konflikten und im Sinne einer gemeinsa-  
men Außenwirkung eine Lösung zu erar-  
beiten. Das ist sicher nötig für den sozial-  
pädagogischen Bereich, aber auch für den  
Bereich Fort-/Weiterbildung. Dort haben  
wir einerseits in einzelnen Betrieben Mit-  
glieder verschiedener Gewerkschaften,  
und außerdem führen wir immer mehr  
Haustarifverhandlungen. Zudem müssen  
wir klären, ob wir, wie früher mit der  
ÖTV, gemeinsame Listen für die 2002 an-  
stehenden Personalratswahlen aufstellen.

BALLAUF: Vorher wurde ja schon das ge-  
meinsame Auftreten angesprochen. Das  
Stichwort »PISA« ist gefallen. Würdest du  
sagen, im Sinne eines gemeinsamen Auf-  
tretens hat die GEW eine Bringschuld  
und ver.di würde partizipieren an der  
fachlichen Kompetenz der GEW in diesen  
Fragen?

FALBISONER: Eindeutig ja. An den  
Schulen hat die GEW die größte Kompe-  
tenz, das macht ihr niemand streitig.

WIESMAIER: Allgemeine schul- oder  
bildungspolitische Erklärungen ist das ei-  
ne, aber das andere ist, dass wir zu Berei-  
chen, die uns ganz direkt betreffen, wie et-  
wa die Überlegungen zum Kindergarten-  
Pflichtjahr, uns äußern und euer Bereich  
sicher auch.

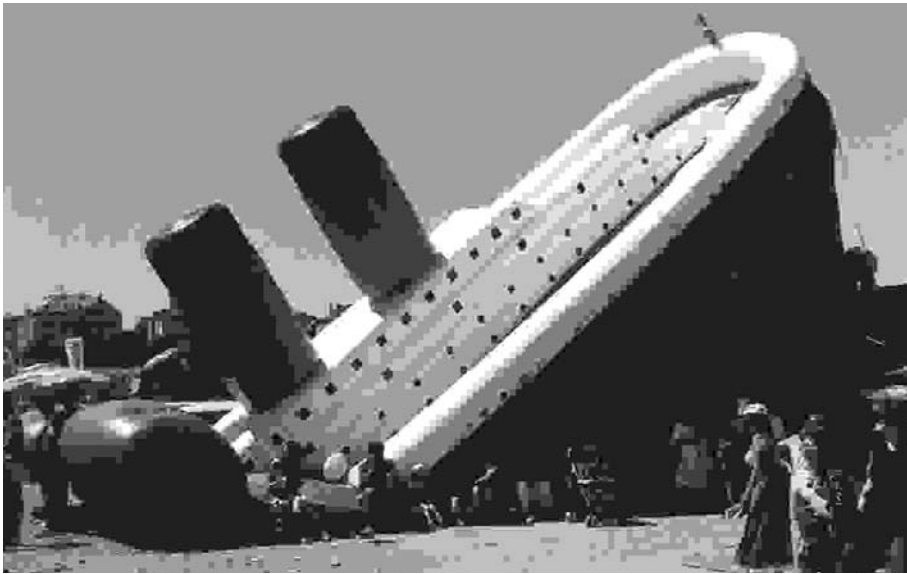
FALBISONER: Es wäre fatal, wenn wir  
uns in so einem Fall gegensätzlich äußern  
würden.

WIESMAIER: Sicher wäre es sinnvoll,  
dass wir die inhaltliche Zusammenarbeit  
formalisieren und nicht nur abwarten, bis  
ein Problem auftaucht. Es wäre wichtig,  
sich regelmäßig über anstehende Themen  
auszutauschen.

FALBISONER: Ich bin an jeder Zusam-  
menarbeit interessiert, die zielführend ist  
und keine zusätzlichen organisatorischen  
Probleme bringt.

# »Und sie bewegt sich doch...!«

Über das schwierige Verhältnis der bayerischen GEW zur inneren Schulentwicklung. Von Eugen Eder-Clouston.



Die gute Nachricht zuerst: Die bayerische GEW wird sich als Organisation entscheiden in die Gestaltung der inneren Schulentwicklung einmischen. Das ist das Ergebnis von drei internen Tagungen zu diesem Thema.

Stand es bei der ersten Tagung am 17. März 2001 noch in Frage, ob innere Schulentwicklung in Bayern mit der GEW oder gegen sie stattfinden soll, so wurde auf der zweiten am 17. November 2001 diese Frage grundsätzlich mit einem Ja zur Beteiligung beantwortet. Der dritten Tagung am 23. Februar 2002 war es vorbehalten zu klären, wie diese Beteiligung aussehen soll.

Viele GEW-Kolleginnen und Kollegen treiben seit langer Zeit die Unterrichtsentwicklung an den bayerischen Schulen voran, indem sie reformpädagogische Konzepte in ihrem eigenen Unterricht umsetzen (früher nicht selten auch gegen die Schulbürokratie) bzw. sie in die Lehrerfortbildung einbringen.

Insofern kann die GEW als Organisation bei diesem Thema gar nicht abseits stehen, will sie nicht die vielen reformbewegten KollegInnen in ihren Reihen im Regen stehen lassen. Es gibt allerdings eine kleine Minderheit in der GEW, die innere Schulentwicklung boykottieren will, da diese ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einer Selbstausbeutung gleichkomme und da sie ohne eine gleichzeitige Reform der Schulstruktur die Selektion nicht vermindere.

## Schulentwicklung von unten

Auf der jüngsten Tagung wurde von den TeilnehmerInnen vor allem beklagt, dass der erhöhte Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte nicht ausreichend durch Unterstützung und Entlastung von Seiten des Kultusministeriums abgedeckt wird. Kritisiert wurde ebenfalls, dass die dienstliche Beurteilung mit der darin enthaltenen Quotierung und dem vorgegebenen Punkteschnitt demotivierend ist. Es wird auch berichtet, dass die Beurteilenden kaum berücksichtigten, ob eine Lehrkraft einen innovativen Unterricht hält. Von einigen wurde auch die Rolle der Stiftung Bildungspakt Bayern problematisch gesehen, da hier die Wirtschaft Einfluss auf die Schulentwicklung nehmen kann. Einigkeit mit dem Kultusministerium herrschte aber darüber, dass sich Schulentwicklung nicht von oben verordnen lässt.

Nach längerer, teilweise mühsamer Diskussion über die Augsburger Thesen und die Thesen von Jonas Lanig (s. DDS 5-6/2001) wurde vereinbart, ein kompaktes und undogmatisches GEW-Positionspapier zu erstellen, das von einer kleinen Arbeitsgruppe vorbereitet und auf einer weiteren Tagung noch in diesem Schuljahr verabschiedet wird. Darin wird die GEW deutlich machen, dass sie als langfristiges Ziel daran festhält, innere und äußere Schulentwicklung zusammen-

zuführen, dass aber auch konkrete Verbesserungen an der Einzelschule als nötig und hilfreich angesehen und deshalb unterstützt werden. In der Diskussion um innere Schulentwicklung müssen auch stärker die Ziele der Entwicklung thematisiert werden. Für die GEW steht am Ende einer Schulentwicklung

- eine demokratische Schule mit erweiterten Mitwirkungsrechten für alle Beteiligten,
- die Chancengleichheit und Integration von Kindern und Jugendlichen ermöglicht,
- die Mündigkeit und solidarisches Handeln von SchülerInnen anstrebt
- und sie befähigt, in dieser Welt zu bestehen und diese auch zum Besseren verändern zu können.

Mit diesem Positionspapier wird sich die GEW in die aktuelle Debatte einklinken und z. B. kritisch hinterfragen, was sich eigentlich jenseits aller Hochglanzbroschüren und Schulentwicklungspreise an den Schulen tatsächlich verändert hat, inwieweit die Augsburger Thesen in die Schul- und Unterrichtspraxis Eingang gefunden haben. Es muss auch aufgezeigt werden, dass das Kultusministerium nicht einerseits eine Modernisierung von Schule und Unterricht propagieren und andererseits an einem überkommenen Beurteilungssystem festhalten kann. Ein weiterer Prüfstein ist für uns auch die derzeitige Überarbeitung der Lehrpläne für das Gymnasium. Hier werden wir mit Bezugnahme auf die Augsburger Thesen eine Straffung der Lerninhalte und eine Flexibilisierung der Stundentafeln einfordern. Schließlich wird die GEW sich bemühen, über den DGB Einfluss auf die Stiftung Bildungspakt Bayern zu nehmen.

Soweit die guten Nachrichten. Und die schlechte? Diese Diskussion hätte bereits vor zwei Jahren stattfinden müssen. Schließlich war die GEW in Bayern einmal der Motor der Reformpädagogik. Immerhin: jetzt bewegt sie sich, die GEW.

*Eugen Eder-Clouston ist Vorsitzender der Landesfachgruppe Gymnasien der GEW.*

**Weitere Informationen:**  
Eder-Clouston@t-online.de

# GEW-Kampagne zur Qualitätsentwicklung

Heiko Gosch ist der Tarifpolitiker im GEW-Hauptvorstand in Frankfurt. Eines seiner Arbeitsgebiete ist die Arbeitsbelastung der LehrerInnen. Für die DDS sprach Gerhard L. Endres mit ihm.



*DDS: Der Lehrer steht im Mittelpunkt vieler Reformbemühungen. Wie beschreibst du mit einigen Schlagworten die Arbeitsbelastung der LehrerInnen, die ja eher nicht abnimmt?*

GOSCH: Die Arbeitsbelastung der LehrerInnen ist zu hoch. Die hohe Zahl der Unterrichtsstunden ist ein Teil des Problems, aber auch die Intensität des Unterrichts und die großen Klassen tragen dazu bei. Für die meisten Lehrkräfte gibt es faktisch keine Pausen im schulischen Tagesablauf.

Darüber hinaus haben die außerunterrichtlichen Aufgaben, wie z. B. Beratung, Schulentwicklung und Kooperation mit anderen Institutionen zugenommen.

*DDS: Was sind aus deiner Sicht die Hauptbelastungsfaktoren?*

GOSCH: Lehrern werden an erster Stelle durch die hohen Klassenfrequenzen, die große Unterrichtsverpflichtung und die unzureichenden Möglichkeiten, differenziert in heterogenen Lerngruppen zu arbeiten, belastet. Dabei wird nicht die Heterogenität kritisiert, sondern die mangelnde Unterstützung für die Unterrichtsarbeit.

*DDS: Welche Konsequenzen hat dies aus deiner Sicht für den Unterricht?*

GOSCH: Die hohen Arbeitsbelastungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität der schulischen Prozesse und des Unterrichts. Wenn Klassen immer größer werden, ist natürlich weniger Förderung und Unterstützung für einzelne SchülerInnen möglich. Die hohe Unterrichtsverpflichtung reduziert die Vorbereitungszeit für die einzelne Unterrichtsstunde.

*DDS: Früher haben die LehrerInnen auch 40, 50 SchülerInnen unterrichtet. Ist es wirklich nur die SchülerInnenzahl, die belastet?*

GOSCH: Es liegt sicher nicht allein an der Zahl der SchülerInnen. Wir haben heute andere SchülerInnen als vor 50 Jahren. Heute gibt es mehr gesellschaftliche Probleme, die die SchülerInnen auch in die Schule mitbringen. Die Schule wird von außen angemahnt, sich diesen Problemen zu stellen.

*DDS: Was hält die GEW von den einschlägigen Studien zur Lehrerbelastung?*

GOSCH: Nicht nur neuere Studien bestätigen die Einschätzung der GEW zur Arbeitsbelastung. Die Studie der nordrhein-westfälischen Bildungsministerin Behler über die Arbeitsbelastung von LehrerInnen durch die Hamburger Unternehmensberatungsfirma Mummert & Partner

hat die Einschätzung der GEW über die Arbeitsbelastung der Lehrer bestätigt. Die Bildungsministerin nimmt aber offensichtlich ihre eigene Studie nicht ernst bzw. zitiert nur sehr lückenhaft den einen oder anderen Gesichtspunkt.

Die parallel im Auftrag der GEW durchgeführte Untersuchung des Bremer Hochschullehrers Hans Georg Schönwälder kommt zu noch dramatischeren Ergebnissen. Auch die Forschungsergebnisse des Potsdamer Forschers Schaarschmidt bestätigt die Position der GEW. Wir bedauern nur, dass die Studien sehr wenig bei den Arbeitgebern Gehör finden, obwohl sie auch Auftraggeber waren.

*DDS: Sind die LehrerInnen nicht auch stärker belastet, weil die übrigen gesellschaftlichen Systeme, z. B. Eltern, Vereine, Kirchen usw. nicht mehr in gleicher Weise wie früher funktionierten?*

GOSCH: Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Entwicklung von Kindern haben zugenommen. In Deutschland werden wir dem nicht gerecht. So ist »Bildung von Anfang an« bei uns bisher nur ein Thema unter Spezialisten. Dabei bedeutet frühkindliche Bildung nicht frühe Verschulung, sondern altersangemessene Angebote zur Förderung der individuellen Fähigkeiten. Die Kindergärten sind bis jetzt weder von den Materialien noch vom Personal dafür ausreichend ausgestattet, geschweige denn, dass für alle Kinder ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht.

Zum anderen wird Schule immer mehr zum Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Schule ist damit zum Teil überfordert. Ihr fehlen allein schon die Ressourcen, um dieser Funktion gerecht zu werden.

*DDS: Kann die zusätzliche Arbeitsbelastung überhaupt noch aufgefangen werden?*

GOSCH: Es gibt keine Reserven mehr. Unterrichtspausen dienen nicht der Entspannung, sondern werden häufig zu einem Arbeitsgespräch genutzt, um dringliche Themen zu besprechen. Trotzdem versuchen die KollegInnen in der Schule, besonders belasteten KollegInnen zu helfen.

Ich bin mir sicher, wenn es diese Hilfe nicht gäbe, wäre die Zahl der Frühpensionierungen noch größer, als sie eh schon ist.

*DDS: Wie können aus Sicht der GEW die Belastungsfaktoren abgebaut werden?*

GOSCH: Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass es einen erheblichen Entwicklungsbedarf an deutschen Schulen gibt. Die GEW will zu einer Qualitätsentwicklung beitragen. Die Entwicklung der Qualität von Schule ist untrennbar mit den finanziellen und personellen Ressourcen, mit den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verknüpft.

*DDS: Nicht jeder der heutigen LehrerInnen ist wirklich für den Beruf geeignet. Wäre es nicht notwendig, sich bei der Studienwahl die Eignung der BewerberInnen genauer anzusehen?*

GOSCH: Eignungstests lehne ich ab. Stattdessen ist es sinnvoll, dass zukünftige LehrerInnen einen Einblick gewinnen, welche Anforderungen in der Berufspraxis auf sie zukommen, und die Ausbildung entsprechend ausrichten können. Die Lehrerausbildung muss insgesamt reformiert werden. Leitfrage muss dabei sein, wie die Studierenden besser auf den Lehrerberuf vorbereitet werden können, nicht aber wie ich StudienplatzbewerberInnen vom Lehrerberuf frühzeitig ausschließe.

*DDS: Was schlägt die GEW für die Zukunft vor, um die Arbeitsbelastung der LehrerInnen zu senken?*

GOSCH: Die GEW steht dazu, dass auch der Beruf des Lehrers ein Leben lang ausgeübt werden kann. Viele Lehrkräfte bilden sich regelmäßig fort, um sich so den neuen Herausforderungen besser stellen zu können. Hier ist allerdings noch eine Menge zu tun. Die Angebote und die Rahmenbedingungen für die Fortbildung der LehrerInnen sind zu verbessern. Ältere Lehrer sind auch deshalb häufig ausgebrannt, da ihre dauerhafte Arbeitsbelastung über viele Jahre zu hoch ist. Wenn es gelingen könnte, dass die hohe Arbeitsbelastung anerkannt würde und Maßnahmen zum Abbau des berufsbedingten Stresses auf breiter Basis umgesetzt würden, könnten mehr Lehrer ihren Beruf bis zum Ende ausführen und wären nicht in dem bekannten Ausmaß von Burn-Out bedroht.

*DDS: Ist es realistisch, dass eine Lehrkraft zu den jetzigen Arbeitsbedingungen mit den heutigen jungen SchülerInnen ihre pädagogische Arbeit bis zur Pension aushalten kann? Wäre ein gewollter Wechsel zu anderen pädagogischen Bereichen wie denen der Weiterbildung usw. nicht sinnvoll?*

GOSCH: Es wäre eine falsche Zielstellung, wenn Lehrkräfte so im Berufsleben »verbraucht« werden, dass sie im fortgeschrittenen Lebensalter diesen Beruf nicht mehr ausüben können. Die Bedingungen für den Lehrerberuf müssen so ausgestattet werden, dass der Beruf bis zur regulären Pensionsgrenze ausgeübt werden kann – wie andere Berufe auch.

Wir fordern eine Ausgestaltung der alterngerechten Arbeit. Das bedeutet, bei fortgeschrittenem Lebensalter und zurückgehender Leistungsfähigkeit oder persönlicher Beeinträchtigung eine entsprechende Arbeitszeitgestaltung vornehmen zu können. So können die Betroffenen bei reduzierter Belastung ihre Arbeit leisten und müssen nicht vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen pensioniert werden. Es ist volkswirtschaftlich zu teuer, wenn sie in Frühpension gehen oder in einen anderen Arbeitsbereich wie z. B. die Erwachsenenbildung wechseln müssen.

*DDS: Warum ist das so teuer?*

GOSCH: Die Erwachsenenbildung erfordert eine spezifische Profession. Die LehrerInnen in der Grundschule, Sekundarstufe I oder II sind nicht automatisch gute ErwachsenenbildnerInnen. Zuvor müssten qualifizierende Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden. Zudem hätte das die Verdrängung der professionellen ErwachsenenbildnerInnen zur Folge. Andererseits wäre Lehrer an Schulen dann nur ein »Jugendberuf«. Es wäre ein falsches Bild gegenüber der nachwachsenden Generation, wenn nur noch die Jüngeren in der Schule unterrichtet würden und die Älteren nicht mehr vorhanden wären.

*DDS: Wäre es für die Zukunft nicht sinnvoll, das Studium so zu gestalten, dass ein leichter Wechsel möglich ist?*

GOSCH: Ich kann mir den Wechsel in verschiedenen Phasen des Berufslebens vorstellen, aber dann auch unter dem Gesichtspunkt, was bringt das für die Schule. LehrerInnen könnten in regelmäßigen Ab-

ständen aus ihrer Schultätigkeit heraustreten und praktischen Einblick in andere Arbeitsbereiche nehmen. Das Kennenlernen von betrieblichen Realitäten in Produktion, öffentlicher und privater Dienstleistung, gesellschaftlichen Organisationen könnte Erfahrungen für die weitere Schularbeit vermitteln.

Erfahrungen aus dem tertiären Bildungsbereich wären unter dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens interessant, um die SchülerInnen auch auf die Bereitschaft und die Anforderungen zum lebenslangen Lernen vorzubereiten. Mit Eindrücken aus anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen können die Lehrkräfte Schule gestalten. Ein Wechsel sollte also auf die Schularbeit bezogen sein und Teil der Fort- und Weiterbildung werden, nicht aber, um sie vorrangig auf Dauer aus der Schule herauszulösen.

*DDS: Kommen wir zur weiteren Strategie. Kannst du dir vorstellen mit dem VBE, der ja mit der GEW auch Partner in der gewerkschaftlichen Bildungsinternationale ist, bei diesem Thema gezielt zusammenzuarbeiten?*

GOSCH: Die GEW plant in den nächsten Wochen, ausgehend von PISA, aber auch in Fortführung der Ergebnisse der Studie, die Vorbereitung einer Kampagne zur Qualitätsentwicklung und Gestaltung der Arbeitsbedingungen an den Schulen. Dabei wollen wir die Ergebnisse von PISA nutzen und aufzeigen, welche Qualitätsverbesserungen dringend notwendig sind und dass zwischen bildungspolitischen Reformen und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein enger Zusammenhang besteht. Bildungseinrichtungen sollen sich qualitativ weiter entwickeln können und gleichzeitig muss aber die Profession des Lehrers gesellschaftlich anerkannt werden. Öffentliche Haushalte müssen hierfür die entsprechenden Ressourcen bereitstellen. In dieser Kampagne suchen wir das Bündnis mit anderen Beteiligten, das sind für uns SchülerInnen, Eltern und Elternvertreter. Wir schließen nicht aus, zur Umsetzung unserer Ziele mit anderen Lehrerverbänden zusammenzuarbeiten. Der VBE ist für uns nicht automatisch Interessenspartner, sondern Konkurrent und Wettbewerber um die Frage der berechtigten Lehrerinteressen. Eine Kooperation im Interesse einer gemeinsamen Zielverwirklichung würde dennoch nicht an der GEW scheitern müssen.



# Fort- und Weiterbildung: Wofür steht die bayerische GEW?

Das gleichnamige Forum mit VertreterInnen von DGB und GEW diskutierte am 26. Januar 2002 Ansatzpunkte für gewerkschaftliches Handeln.  
Von Friedrich Sendelbeck.



Einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung und auf Bildungsurlaub – das machte Robert Günthner vom DGB deutlich – wird es in Bayern in der nächsten Runde der Gespräche zum bayerischen Beschäftigungspakt zwar nicht geben, aber immerhin als ersten Schritt in diese Richtung ein Maßstäbengesetz zur beruflichen Weiterbildung. Fortschritt oder Sackgasse? Das war der erste kontrovers diskutierte Punkt. Kritik übte insbesondere Fred Schell (Landesfachgruppenvorsitzender Erwachsenenbildung) an der Beschränkung auf die berufliche und das Aussparen allgemeinbildender und politischer Weiterbildung. Er wie auch Ursula Herdt (GEW-Hauptvorstand) verwiesen darauf, dass ein Bundesrahmengesetz für Weiterbildung nach wie vor fehlt.

Ein besonderer Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit im Bereich Weiterbildung, da waren sich alle TeilnehmerInnen nach dem Beitrag von Inge Poljak und Lisa Pulz (AG SprachlehrerInnen) einig, muss auch weiterhin die prekäre Beschäftigung, insbesondere der Honorarkräfte in der Weiterbildung sein. Zentral dabei bleibt die sozialversicherungsrechtliche Absicherung. Im Moment geht es deshalb darum, Wege zu finden, um wenigstens die Frage der Arbeitgeberbeteiligung an der Rentenversicherung für Honorarkräfte zu regeln. Bis die von der GEW geforderte Bildungssozialkasse durchgesetzt sei, müsse auf jeden Fall die Forderung nach

Aufzahlungen auf die Honorare für die soziale Absicherung ins Zentrum der gewerkschaftlichen Arbeit gestellt werden.

Zwar steigt insgesamt das Interesse auch an den Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung und sogar das Bundesbildungsministerium hat eine Expertise dazu in Auftrag gegeben. Verbesserungen der Arbeits- und Entgeltbedingungen – das war der Appell aller Beteiligten – müssen die Beschäftigten aber selbst erreichen. In der GEW haben sie dabei jedenfalls eine zuverlässige Partnerin.

Ein wichtiger Meilenstein für die Beschäftigten in der Weiterbildung ist inzwischen erreicht. Seit Ende vergangenen Jahres arbeitet eine gemeinsame AG von GEW und ver.di an Eckpunkten für einen Branchentarifvertrag Weiterbildung. Mitte des Jahres will der dann endlich gegründete Arbeitgeberverband erstmals in Berlin bei einem zweitägigen Weiterbildungskongress (gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit) öffentlichkeitswirksam auftreten. Der Rahmen für gewerkschaftliches Handeln ist geschaffen. Jetzt geht es darum, diesen im Interesse der Beschäftigten in der Weiterbildung zu nutzen. Wann, wenn nicht jetzt?

#### Weitere Informationen:

Büro für Weiterbildung der GEW Bayern,  
Dr. Friedrich Sendelbeck, Kornmarkt 5-7,  
90402 Nürnberg, ☎ 09 11/22 48 66,  
sendelbeck.gew@t-online.de

# prekär

Zeitung für  
die Beschäftigten in  
der Weiterbildung

Auf 16 Seiten beschäftigt sich die oben erschienene Ausgabe 5 von *prekär* schwerpunktmäßig mit der Situation an Volkshochschulen, mit der Riester-Rente und mit der vom Arbeitsamt geförderten Weiterbildung.

Letztere kommt etwa zur Sprache in einem Interview, das Friedrich Sendelbeck und Hajo Dröll mit Heinrich Alt, dem Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, geführt haben. Darin spricht sich Alt explizit für den »Abschluss eines allgemein verbindlichen Branchen-Tarifvertrages« aus, der dazu beitragen könne, dass »ein fairer Wettbewerb ... zumindest im Hinblick auf die Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiter« möglich werde.

Ein solcher Branchen-Tarifvertrag scheint nach Jahren des vergeblichen Verhandels seitens GEW nun doch in greifbare Nähe zu rücken. Denn auf der Nachrichtenseite erfährt man, dass die Arbeitgeber im Januar 2002 einen Satzungsentwurf zur Gründung eines tariffähigen Verbandes abgestimmt haben, wobei bisher die Institutionen IB, DAA, bfw, Dekra-Akademie und TÜV-Akademie beteiligt sind. Mitte des Jahres soll sich dann ein entsprechender Verband der Öffentlichkeit präsentieren.

Zwei kritische Beiträge zeichnen die Veränderungen auf, die die Volkshochschulen durch den Zwang zur ökonomischen Rentabilität erfahren. Gerade die auf den ersten Blick nicht »nützlichen« Fachbereiche wie z. B. die politische Bildung geraten immer stärker in Bedrängnis, weil sie sich nicht »am ökonomischen Output oder an einem betriebswirtschaftlichen Interesse« bemessen lassen, so Klaus-Peter Hufer, Fachbereichsleiter einer Kreisvolkshochschule und Privatdozent.

»Prekär« kann angefordert werden bei  
GEW-Landesgeschäftsstelle,  
Schwanthalerstraße 64, 80336 München,  
☎ 0 89/5 44 08 10, Fax 0 89/5 38 94 87,  
info@bayern.gew.de.



# Ein Erfolg für die bayerischen Gewerkschaften

Bayerischer Beschäftigungspakt bringt Gesetz zur Beruflichen Weiterbildung auf den Weg. Von Robert Günthner, DGB Bayern.

*Alle betonen, dass die Erstausbildung zwar eine weiterhin notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die sich ständig wandelnden Qualifikationsanforderungen mehr ist.*

*Da war es nur richtig, dass der DGB Bayern bei den ersten Überlegungen zur Fortschreibung des 1996 abgeschlossenen Beschäftigungspaktes Bayern die Frage der Weiterbildung auf die politische Agenda setzte. Die Gegenreaktionen waren unvorhergesehen und massiv: Insbesondere Vertreter der Kammern haben bei einer ersten Gesprächsrunde unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie über Weiterbildung nicht reden wollten.*

*Der DGB Bayern hat seinerseits erklärt, dass die Frage der Weiterbildung und die Einführung eines Bayerischen Weiterbildungsgesetzes eine Sollbruchstelle für die weitere Beteiligung des DGB am Bayerischen Beschäftigungspakt sei.*

Bei der Fortschreibung des Beschäftigungspaktes am 2. Oktober 2000 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Weiterbildung eingerichtet, die die Vorschläge unterbreiten sollte, »wie die Bereitschaft zur Weiterbildung gefördert sowie das Angebot, die Transparenz und Qualität der Weiterbildung verbessert werden kann«. Der DGB Bayern ist in diese Verhandlungen mit einem im Januar 2001 beschlossenen Papier mit Grundpositionen zur Weiterbildung und Qualifizierung in Bayern gegangen.

Neben den allgemein bekannten Benachteiligungen spezifischer Personengruppen bei der Weiterbildung gibt es einen speziellen bayerischen Weiterbildungsbedarf: Das »Berichtssystem Weiterbildung« weist nach, dass die Zahl der TeilnehmerInnen an Weiterbildungsmaßnahmen umso geringer wird, je kleiner der entscheidende Betrieb ist.

Angesichts des überproportional starken Anteils von Beschäftigten in Betriebsgrößen von 1 bis 19 in Bayern zeigt sich die Notwendigkeit gezielter Weiterbildung für diesen Kreis. Weiterhin ist signifikant, dass die formale Schulqualifikation entscheidend für die Weiterbildungsteilnahme ist. Auch hier gibt es einen entsprechenden Bedarf in Bayern: Bayern hat bei allen SchülerInnen der 8. Jahrgangsstufe

die höchsten Anteile (Ausnahme: Rheinland-Pfalz) an der Hauptschule. Dagegen sind die Anteile von männlichen Jugendlichen in Gymnasien deutlich niedriger, bei weiblichen Jugendlichen ist der Anteil der niedrigste aller Bundesländer.

Der bayerische DGB hat deshalb gefordert:

- Ausbau und Qualifizierung der Bildungsentwicklung und Planung;
- Entwicklung überörtlicher und regionaler Auskunfts-, Informations-, Beratungs- und Maßnahmenverbände (Netzwerke);
- träger- und einrichtungsübergreifende Beratungsstellen zur Qualifizierung beruflicher Handlungskompetenz;
- regionale Weiterbildungsräte mit VertreterInnen von Einrichtungen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Experten;
- Entwicklung eines Leitbildes und Bestimmung fachlicher Qualitätsstandards, Verträge und deren Einrichtungen.

## Zielsetzung

Der DGB Bayern hat in den Grundüberlegungen für ein Bayerisches Weiterbildungsgesetz bewusst den Erwerb und die Beherrschung beruflicher Handlungskompetenz als Weiterbildungsziel festgelegt. Dabei soll die Konzentration auf berufliche Grundlagenbildung gelegt werden, die Vermittlung und Beherrschung von Methoden und Schlüsselqualifikationen im Mittelpunkt stehen, die Stärkung der Eigeninitiative, Verantwortungsbereitschaft und kommunikativer Fähigkeiten, die Kompetenz im Umgang mit neuen Technologien oder die Stärkung und Begleitung bürgerschaftlichen Engagements. Die Zuspitzung auf berufliche Handlungskompetenz stellt sicherlich eine gewisse Modifikation bisheriger gewerkschaftlicher Positionen dar. Der DGB hat darüber hinaus als Zielsetzung des Weiterbildungsgesetzes formuliert, dass alle Erwerbstätigen für Weiterbildungsmaßnahmen einen gesetzlichen Freistellungsanspruch unter Fortzahlung des Entgelts enthalten. Beschlossen ist auch, dass für Weiterbildungsmaßnahmen, die über das

konkrete Weiterbildungsinteresse eines Unternehmens hinaus gehen, flexible Regelungen über die Anrechnung von Urlaub, Arbeitszeitkonten und Überstunden gefunden werden sollen.

## Ergebnis

Erst mehrere Gesprächsrunden vor dem Spitzentreffen im Bayerischen Beschäftigungspakt machten es möglich, sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Beruflichen Weiterbildung zu verständigen. Das gemeinsame Ziel ist, die Berufliche Weiterbildung zu stärken, den Zugang zur Weiterbildung für alle Beschäftigtengruppen zu verbessern und die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass individuelle Berufliche Weiterbildung vor allem für Beschäftigtengruppen wie Frauen, Teilzeitbeschäftigte, gering qualifizierte und ältere Arbeitnehmer\* intensiviert wird. Der Freistaat Bayern, ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, müssen ihren Beitrag zur Beruflichen Weiterbildung leisten, zur Erhöhung der Attraktivität der Beruflichen Weiterbildung muss das Bildungssystem durchlässiger werden, was insbesondere den adäquaten Fachhochschulzugang für beruflich Hochqualifizierte betrifft und die Transparenz des Angebots muss für alle Beschäftigten und Unternehmen verbessert werden. Dazu sollen unter anderem die Entwicklung modularer Bausteine, Standardisierungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten weiter erörtert werden.

Das Spitzengespräch am 2. November 2001 hat dann auch bei der Frage eines Bayerischen Weiterbildungsgesetzes den Durchbruch geschafft, indem beschlossen wurde, dass »diese Ziele mit einem Bayerischen Maßstäbengesetz zur Beruflichen Weiterbildung, durch Tarifvertrag oder Maßnahmen sonstiger Art erreicht werden sollen«.

Nachdem jahrelang alle Bemühungen um ein Erwachsenenbildungsgesetz gescheitert sind, ist nun mit dem Einstieg in das Bayerische Weiterbildungsgesetz ein entscheidender Durchbruch erreicht. Allerdings, und nun beginnt die eigentliche Arbeit, muss das Gesetz unseren inhaltlichen Ansprüchen genügen.

# Eine andere Welt ist möglich

Von Christoph Bautz, Öffentlichkeitsreferent im Attac-Büro.

Ein Hoffnungsfunken ging Anfang Februar von dem Treffen der globalisierungskritischen Bewegung in Pôrto Alegre um die Welt. Während sich die VertreterInnen der dollarschweren Business-Community in das zur Festung ausgebaute Waldorf-Astoria-Hotel in New York zurückzogen, entwarfen 60.000 Menschen auf dem Weltsozialforum in Brasilien die Konturen einer anderen Welt. In einer Mischung aus Festivalatmosphäre und ernsthafter Diskussion trafen auf dem offenen Campus indonesische Fischer mit christlichen Initiativen, brasilianische Landlose mit amerikanischen GewerkschaftsvertreterInnen zusammen. Und auch die Medienresonanz war positiv: Von der taz bis zur FAZ wurden die konstruktiven Veränderungsvorschläge aus Pôrto Alegre gelobt, während die rhetorischen Kaskaden des New Yorker Elitetreffens gelangweilt zur Kenntnis genommen wurden.

Wichtiger Initiator des Treffens war das internationale globalisierungskritische Netzwerk Attac. Gegründet 1998 in Frankreich, bildet Attac seit Anfang 2000 auch in Deutschland ein breites gesellschaftliches Bündnis, das vom BUND über ver.di und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen reicht. Für viele vom Konservatismus in Regierungsmehrheit und Opposition desillusionierte Menschen entwickelt sich Attac zum neuen Hoffnungsträger für Veränderung. Sie treten dagegen ein, dass der politische Gestaltungsspielraum durch globalen Anpassungsdruck immer weiter eingeengt wird.

## Unfreiheit durch Freiheit

Genau hier setzt die Kernanalyse von Attac an: Die Freiheit der Märkte führt zur Unfreiheit der Menschen. Wenn Finanzanleger und transnationale Konzerne durch die Globalisierung der internationalen Märkte jederzeit damit drohen können, ihr Kapital bzw. ihre Produktionseinheiten einfach abzuziehen, sobald eine ihnen nicht genehme Politik gemacht wird, ist unsere Demokratie in Gefahr. Durch diesen Hebel sorgen sie dafür, dass soziale Sicherungssysteme weiter demontiert und privatisiert, die Steuerlast von Unternehmen und vermögenden Personen auf die

ArbeitnehmerInnen verlagert wird und der Druck auf jede/n einzelne/n in der Gesellschaft stetig anwächst. Mit dem angeblichen Sachzwang Globalisierung wird eine Drohkulisse aufgebaut, um politische Mehrheiten für neoliberale »Reformprojekte« zur Sicherung des Standorts Deutschland zu erzielen. Die Ergebnisse lassen sich nach bald vier Jahren rot-grüner »Reform«-Politik besichtigen: Stufenweise Reduzierung des Spitzensteuersatzes, steuerliche Freistellung von Veräußerungsgewinnen aus Kapitalgesellschaften, Abbau des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent heißen die Milliardengeschen-



ke für das Kapital im Zuge der großen Steuerreform. Wen wundert es, dass dann kein Geld mehr da ist für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Kommunen am Hungertuch nagen und die Sparzwänge des europäischen Stabilitätspaktes aufgrund leerer Kassen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hin und her geschoben werden. Nach der Verabschiedung der Riester-Rente wird nun zum nächsten Schlag gegen die soziale Sicherung ausgeholt. Die angeblich heilsamen Marktkräfte sollen jetzt auch im Gesundheitswesen Einzug halten. Unabhängig von allen Wahlversprechen droht eine Spaltung in Wahl- und Pflichtleistungen und somit die unsolidarische Mehrklassenmedizin.

Doch dieser neoliberale Politikentwurf ist nicht alternativlos – das haben besonders die fundierten Vorschläge aus Pôrto Alegre gezeigt. Den sich globalisierenden Marktkräften muss auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene ein starker, demokratisch getragener Ordnungsrahmen entgegengesetzt werden. So fordert

Attac eine international neu gestaltete Finanzarchitektur. Erste Schritte wären die Einführung der Tobin-Steuer, die Schließung von Steueroasen, der selektive Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen und die Stabilisierung der Wechselkurse. Der Welthandel darf nicht länger einseitig den Interessen der Industriestaaten dienen. Unsere Märkte müssen endlich für Produkte aus dem Süden geöffnet werden und durch internationale Sozial- und Umweltstandards muss der Erosion sozialer und ökologischer Errungenschaften Einhalt geboten werden.

Auf nationaler Ebene gilt es vor allem, den bevorstehenden neoliberalen Angriff auf das Gesundheitswesen zurückzuschlagen und Alternativen zu entwerfen, die an einer paritätischen Finanzierung innerhalb der öffentlichen Hand festhalten. Unter dem Motto »Gesundheit ist keine Ware!« organisiert Attac derzeit zusammen mit Gewerkschaften und Ärzteverbänden ein Bündnis gegen die Privatisierung unseres Gesundheitssystems.

## Bildung und Aktion

Ohne breiten gesellschaftlichen Druck werden grundlegende politische Veränderungen kaum möglich sein. Attac versteht sich hierbei als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt. Fundierte Analysen und Alternativvorschläge entwickeln bundesweite Arbeitsgruppen und der wissenschaftliche Beirat. Mit Aktionen soll der notwendige Druck von unten zur Umsetzung der Alternativen entfaltet werden. In den mittlerweile bundesweit über hundert Attac-Gruppen schließen sich Menschen zusammen, um vor Ort aktiv zu werden. All dies stimmt hoffnungsvoll, dass die in Pôrto Alegre entworfene andere Welt doch möglich ist.

### Weitere Informationen:

Attac Deutschland, Artilleriestraße 6,  
27283 Verden, ☎ 0 42 31/95 75 91,  
info@attac-netzwerk.de, www.attac-netzwerk.de

# Professionalität und Ehrenamt

Von Gerhard Zimmermann, Gesamtleiter der Jugend- und Behindertenhilfe Oberlauringen.



Der ökonomische Druck auf soziale Einrichtungen und Dienste wächst. Das ist einer der Gründe, weshalb Wohlfahrtsverbände mehr und mehr über den Einsatz von Freiwilligen nachdenken. Das sollte jeden, der in der Sozialarbeit tätig ist, zur Stellungnahme herausfordern.

Versuchen wir, die Dinge auseinander zu halten: Ein Erzieher, eine Sozialpädagogin bestreiten ihren Lebensunterhalt primär durch den Beruf, den sie erlernten. Sie üben ihn, wenn auch nicht nur, des Geldes wegen aus. Das unterscheidet sie von Ehrenamtlichen, die etwas leisten, ohne dafür angemessen bezahlt zu werden – egal, was sie letztlich dazu motiviert. Vorwurfsvolles Tadeln des einen ist ebenso unangebracht wie moralische Prämierung des anderen. Es darf nicht dazu kommen, dass dem, der soziale Arbeit gegen Lohn leistet, der Freiwillige vorgehalten wird, der sie fast zum Nulltarif tut.

## Sinn stiften?

Mich beschäftigt aber viel mehr ein weiteres. Man versucht oft, potentielle Kandi-

daten durch ein Versprechen auf persönlichen Gewinn jenseits von Euro und Cent für freiwilliges Engagement geneigt zu machen. Man appelliert also an den Idealismus. Doch ich bin skeptisch, ob dem, der sich sozial exponiert, stets Freude als Lohn dafür winkt. Natürlich kann uneigennütziges Helfen persönlich bereichern, soll es sogar. Vermutlich aber machen manche dabei oft die gegenteilige Erfahrung: Die prosaische Alltagspraxis, hautnah erlebt etwa in einer Einrichtung der Jugend-, Alten- oder Behindertenhilfe, kann Hilfewillige auch komplett desillusionieren. Man nennt das gewöhnlich Praxischock.

Es ist also mindestens bedenklich, soziale Arbeit allzu romantisierend darzustellen, um Freiwillige für sie zu gewinnen. Hernach ist die Enttäuschung nur umso größer. Dies am ehesten dort, wo, um Kosten zu sparen, personelle Standards auf ein Minimum verknüpft, die Mühen der Arbeit also erheblich sind. Da ist es fraglich, wie es Ehrenamtlichen gelingen soll, Gewinn aus einem Mangel zu ziehen, zu dessen Behebung sie rekrutiert wurden. Am wenigsten gelingt es wohl, je

mehr einem bewusst wird, bloß Lückenbüsser zu sein. Indessen: Es gibt viele gute Gründe, einen freiwilligen sozialen Dienst anzustreben. Wer freilich selbsttherapeutische Zwecke verfolgt, sollte sich anders orientieren. Soziales Engagement bekräftigt allenfalls bereits vorhandenen Lebenssinn, schafft ihn aber nicht. Auch das sollte man Anwärtern fürs Ehrenamt ehrlicherweise sagen.

## Qualitätskontrolle?

Ein weiterer Punkt, der mir erwähnenswert erscheint: Eine bezahlte Fachkraft kann, notfalls unter Androhung entsprechender Sanktionen, zu bestimmten Gegenleistungen verpflichtet werden. Qualität der Arbeit versus angemessene Entlohnung – das ist hier die nüchterne, aber unzweideutige Geschäftsgrundlage.

Bei Freiwilligen ist das anders. Sie verbreiten um sich eine Aura schonender Nachsicht. Da sie etwas ohne oder mit nur symbolischer Entschädigung tun, ist man geneigt, manches Ungeschick, das ihnen unterläuft, menschenfreundlich durchgehen zu lassen. Es fehlt hauptamtlichen KollegInnen oder Vorgesetzten oft das gute Gewissen, bemühtes Unvermögen auf die fällige Weise zu kritisieren und ein Mindestmaß an fachlich gebotenen Handeln einzufordern. Daher ist zu befürchten, dass durch falsche Rücksichten das Niveau der sozialen Arbeit sinkt – zum Nachteil der betroffenen Klientel. Es kann auch schwerlich anders sein. Guter Wille und soziale Sensibilität können eine solide Berufs- oder Fachausbildung nicht ersetzen.

Jedes soziale Engagement ist hochachtungswert. Es liegt mir also fern, die Idee des Ehrenamtes an sich prinzipiell abzulehnen. Ich warne nur davor, den individuellen, gesellschaftlichen und institutionellen Nutzen, den es bringt, zu überschätzen. Ich schlage vor, Freiwillige ausschließlich im vorpädagogischen Raum sozialer Einrichtungen und Dienste einzusetzen: zur Entlastung des Hausmeisters, in der Hauswirtschaft, als Helfer in der Verwaltung. Die unmittelbare Praxis der sozialen Arbeit sollte denen überlassen bleiben, die dafür ausgebildet sind.

# Der Alltag eines Behinderten ist spektakulär

Michael Bernstein über die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien e.V.

Sie besteigen Berge, malen Bilder oder fertigen Stahlskulpturen an. Sie treten als TänzerInnen auf. Sie beteiligen sich an Sportmeisterschaften. Sie stehen ihre Frau und ihren Mann im Berufsleben oder vertreten ihre und anderer Menschen Interessen in Parlamenten. Menschen mit einer Behinderung nehmen aktiv am Leben teil und gestalten unsere Gesellschaft. Sie tun, was alle tun. Doch sie tun es über Widerstände hinweg. Sie verwirklichen ihre Ziele unter verschärften Bedingungen. Davon handeln die Filme der Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien (ABM).

»Der Alltag eines Behinderten ist spektakulär«, sagt Peter Radtke, der seit 1983 die ABM als Geschäftsführer leitet. Als Betroffener weiß er, wovon er redet. »Nur wenige wissen, wie dieser Alltag aussieht«. Die ABM macht ihn mit ihrem umfangreichen Programmangebot im Bereich der audiovisuellen Medien sichtbar. Sie klärt auf, sensibilisiert und schafft eine Öffentlichkeit für die Lebensumstände, Anliegen und Interessen von Menschen mit Behinderung. Sie ermutigt sie, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

## Vorreiterfunktion

Die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien wurde 1983 auf Anregung der Bayerischen Staatsregierung gegründet. Behindertenverbände sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Anliegen im neu geschaffenen Medium Privatfernsehen bekannt zu machen. Zunächst beteiligten sich vor allem Vereinigungen der Schwerhörigen und Gehörlosen an diesem Zusammenschluss. Heute zählt die Arbeitsgemeinschaft 16 Mitgliedsverbände, angefangen von kleineren Elterninitiativen bis zu großen Organisationen wie VdK Bayern, LAG »Hilfe für Behinderte« in Bayern und LEBENSHILFE, Landesverband Bayern. Diese decken fast das ganze Spektrum der Behinderungsarten ab.

## Die Film- und Fernsehproduktion

Im September 1984 wurde der Betrieb im Kabelnetz München aufgenommen. Da-

mals bestand die ABM aus drei Mitarbeitern. Inzwischen ist die Belegschaft auf 15 festangestellte und ebensoviele freie MitarbeiterInnen angestiegen. Jährlich werden 40 bis 45 Filme Halbstundenfilme realisiert, die bundesweit wöchentlich bzw. monatlich auf drei Sendeplätzen (3Sat, Kabel 1, Deutsches Sportfernsehen) sowie auf lokalen Kabelkanälen ausgestrahlt werden.

Wichtigster Programmplatz ist die 30-Minuten-Sendung *Normal* im Deutschen Sportfernsehen. Sie ist das einzige wöchentliche Angebot im deutschsprachigen Raum für Menschen mit einer Behinderung. *Normal* informiert über alle Bereiche der Behindertenszene, einschließlich rechtlicher Fragen und kultureller Themen. Hier finden sich Reportagen über bestimmte Krankheitsbilder ebenso wie Porträts einzelner Betroffener oder Informationen zu Reisemöglichkeiten für behinderte Touristen.

Die Sendung *Aus anderer Sicht* auf 3Sat porträtiert monatlich eine interessante Persönlichkeit mit Behinderung.

Ebenfalls monatlich ist seit September 2000 auf dem bundesweiten Privatsender Kabel 1 ein weiteres Programm mit dem Namen *Challenge* zu sehen.

Aufgrund der Nähe zu den Verbänden hat die ABM einen Vorsprung an Know-how, Informationen und Vertrauen. Die meisten Produktionen entstehen in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Das macht die Filme glaubwürdig und authentisch. Internationale Preise bestätigen die Qualität der Produktionen und den Erfolg der einfühlsamen Arbeitsweise. ABM-Filme kommen aus dem Leben und sind gemacht für Menschen, die sich für Menschen interessieren.

## Das Filmbüro

Als Anlaufstelle und Informationszentrale gibt das Filmbüro der interessierten Öffentlichkeit Auskunft bei allen Fragen zum Thema Behinderung und Medien. Dazu gehört eine umfassende Datenbank. In ihr werden zur Zeit über 2000 Filme zu diesem Thema geführt.

Das Filmbüro initiiert und koordiniert verschiedene Projekte zur Medienarbeit,

darunter das internationale Kurzfilmfestival »Wie wir leben«, das im November 2001 zum dritten Mal stattfand. Es gibt auch Hilfestellung bei Vorhaben ähnlicher Art im In- und Ausland. So organisierte und konzipierte das Filmbüro zwei Workshop-Wochen zum Thema »Media and Disability« mit Filmprogrammen, Podiumsdiskussionen, Seminaren und Vorträgen in Neu Delhi, Indien, für das dortige Goethe-Institut. Außerdem war es z. B. Mitorganisator des ersten griechischen Filmfestivals mit Filmen zur Behindertenthematik in Drama in Nordgriechenland.

Eine weiteres Projekt des Filmbüros ist »Objektiv – Filme zur Behindertenthematik in Schulen«. Hier werden relevante Spiel- und Dokumentarfilme gemeinsam mit Schulklassen angesehen und anschließend unter Beteiligung von behinderten MitarbeiterInnen und Gästen mit den SchülerInnen besprochen.

## Die weiteren Angebote

Die dritte Abteilung der ABM ist die Videothek für Hörgeschädigte. Zur Zeit bietet sie gegen eine geringe Gebühr ca. 200 untertitelte Spiel- und Dokumentarfilme zur Ausleihe an. Der Bestand wird ständig erweitert.

Eine umfangreiche Homepage informiert über das gesamte Angebot der ABM, das laufende Programm sowie über Filme anderer Sendeanstalten zum Thema Behinderung.

All diese Aktivitäten sind in Deutschland beispielhaft, die Breite und Unterschiedlichkeit der Abteilungen und ihres Angebots einmalig in Europa.

Die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien nimmt für sich in Anspruch, dass ihre langjährige und kontinuierliche Arbeit dazu beigetragen hat, dass behinderte Menschen in den Medien immer mehr präsent sind.

### Weitere Informationen:

Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien e.V.

Bonner Platz 1, 80803 München

☎ 0 89/30 79 92-0, Fax 0 89/30 79 92-22

info@abm-medien.de

http://www.abm-medien.de

# PCB und das bayerische Gesundheitsministerium

Von Jürgen Schulz, Initiative für PCB-freie Schulen.



*PCB-belastete Schulen gibt es nicht nur in Auerbach, Dachau, Germering, Hollfeld, Nürnberg, Olching, Parsberg, Reichertshofen, Regensburg, Siegenburg und Wunsiedel, sondern noch in vielen anderen Städten und Gemeinden Bayerns und der ganzen Republik (mit Ausnahme der neuen Bundesländer). Die Zahl der betroffenen Kinder geht in die Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen! In den 60er- und 70er-Jahren wurden rund 15.000 Schulen in Deutschland gebaut. Es muss leider davon ausgegangen werden, dass häufig auch die damals üblichen Baustoffe PCB, Asbest, Formaldehyd u. a. verwendet wurden.*

*Die entscheidenden Fragen sind: Wie wirkt sich die jahrelange inhalative Aufnahme des Nervengifts PCB (auch in Kombination mit anderen Schadstoffen) auf die Funktionsfähigkeit des Gehirns aus und inwieweit führt sie neben Krankheiten wie Krebs auch zu den bekannten Erschöpfungszuständen, psychischen Erkrankungen und Frühverrentungen von LehrerInnen?*

## Ausgangslage

Um ein Beispiel zu nennen: Im Juli 2001 wurden bei rund der Hälfte der LehrerInnen und SchülerInnen der Nürnberger Georg-Ledebour-Schule erhöhte PCB-Konzentrationen im Blut ermittelt.

Zu Verwendung und Giftigkeit der Polychlorierten Biphenyle (PCB) stellt das Umweltbundesamt fest: PCB wurden in großem Umfang als Weichmacher in Fugendichtungsmassen sowie in flammhemmenden oder schallschluckenden Anstrichen für Akustikdecken eingesetzt. Häufig waren auch Schulgebäude, die in den 60er- und 70er-Jahren errichtet wurden, davon betroffen. Nachdem PCB in Innenräumen vermehrt nachgewiesen worden waren, hatte das Bundesgesundheitsamt eine toxikologische Bewertung von PCB in der Luft von dauerhaft genutzten Räumen durchgeführt. Sie erfolgte unter dem Gesichtspunkt, eine tägliche tolerierbare Aufnahmemenge (=TDI-Wert) von 1.000 Nanogramm (ng)/kg Körpergewicht und Tag nicht zu überschreiten. Langfristig sollte die anteilige Aufnahme über die Luft nicht mehr als 10 Prozent dieses Wertes betragen.

Raumluftkonzentrationen oberhalb von 3.000 ng PCB/m<sup>2</sup> Luft (= »Eingriffswert«) sollten vermieden werden. Bei entsprechenden Befunden sollten unverzüglich Kontrollanalysen durchgeführt werden. Bei Bestätigung des Wertes sind unverzüglich Maßnahmen zur Verringerung der Raumluftkonzentration von PCB zu ergreifen (vgl. Umweltbundesamt: Leitfaden für die Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden, S. 24 – 27. Berlin 2000).

Die Beschränkung der PCB-Aufnahme über die Luft auf nicht mehr als 10 Prozent der Gesamtaufnahme ist von großer Bedeutung, da eingeatmete PCB weitaus gefährlicher für den menschlichen Organismus sind als über die Ernährung aufgenommene. Die mit der Atmung aufgenommenen PCB gelangen zum größten Teil direkt über den Riechnerv in das Riechzentrum und umliegendes Gehirngewebe, wo sie angereichert und gespeichert werden. Von dort aus können sie hormonelle Fehlsteuerungen und Krebs auslösen. Außerdem sind PCB neurotoxisch, fruchtschädigend und hautverändernd. Sie führen u.a. zu Konzentrationsstörungen, Müdigkeit und Allergien. PCB sind – ähnlich dem Asbest – von relativ geringer akuter, aber starker chronischer Giftigkeit.

Soweit die Ausgangslage, die jedem Experten bekannt ist.

## »Experten«

Die konsequente Sanierung PCB-belasteter Gebäude in Deutschland würde Milliarden kosten. Die überwiegende Mehrheit der politisch Verantwortlichen ist bisher nicht bereit, diese Gelder für die Gesundheit ihrer BürgerInnen zu investieren.

Deshalb sehen wohl auch die meisten der von Gesundheitsämtern und Stadtverwaltungen beauftragten Fachleute ihre Aufgabe nicht in der Aufklärung über PCB. Vielmehr versuchen diese »Experten« auf Informationsveranstaltungen die Betroffenen mit Halbwahrheiten zu beruhigen und eine vorliegende Gefährdung der Gesundheit durch PCB herunterzuspielen.

Das geht dann folgendermaßen: In Regensburg wurden an zwei Schulen PCB-Belastungen bis zu 3.300 ng bzw. 4.560 ng jeweils pro Kubikmeter Luft gemessen. Der bestellte Umweltmediziner Dr. Pregler erklärt daraufhin besorgten Eltern (auf einer Informationsveranstaltung am 11. September 2001), dass eine Belastung von 3.000 ng PCB/m<sup>2</sup> Luft bei achtstündigem Aufenthalt nur zu einer Aufnahme von 35 Prozent der tolerablen Tagesdosis (TDI-Wert) von PCB führt und dass man nicht mit akuten Gesundheitsstörungen rech-

nen müsse. In derselben Tonart berichtet tags darauf die örtliche Presse (Mittelbayerische Zeitung 12. September 2001) – und alles scheint in Ordnung zu sein.

Natürlich weiß dieser »Experte« genau, dass die PCB-Aufnahme über die Luft nicht mehr als 10 Prozent des TDI-Wertes betragen soll, aber das sagt er nicht. Die Belastung übersteigt nämlich den Grenzwert des Umweltbundesamts für PCB-Aufnahme über die Luft um mehr als das Dreifache!

Außerdem sind Kinder wegen Wachstums- und Entwicklungsprozessen grundsätzlich stärker gefährdet als Erwachsene. In mehreren Ländern, auch den USA, hat man deshalb aus Sicherheitsgründen einen Schutzfaktor der Größe 2 beschlossen. Bei gleicher Aufnahmemenge wird für Kinder ein doppeltes Risiko angenommen und der TDI-Wert ist für sie entsprechend kleiner. Auch das verschweigt der »Experte« den Eltern.

Geradezu hinterhältig ist die Bemerkung, dass mit akuten Gesundheitsstörungen nicht zu rechnen sei. So wird den Betroffenen eine nicht vorhandene Sicherheit suggeriert. Dies kann dazu führen, dass medizinisch angezeigte – den Abbau der PCB im Körper unterstützende – Therapiemöglichkeiten nicht wahrgenommen werden. Die schweren gesundheitlichen Schäden treten später, oft erst nach Jahren auf. Ein Beispiel: In München wurde in der Grund- und Hauptschule Wiesentfeller Straße 53 in den Jahren 1990 und 1994 eine PCB-Belastung zwischen 3.000 und 7.000 Nanogramm gemessen. Wir konnten Schulklassen ermitteln, die 20 Jahre nach Verlassen der Schule eine extrem hohe Krebssterberate von 20 Prozent aufweisen.

Gern wird auf Informationsveranstaltungen auch auf bevorstehende Kontrollmessungen (Zweitmessungen) verwiesen, bei denen dann häufig ein geringerer PCB-Gehalt in der Raumluft ermittelt wird. Bei Raumluftmessungen sind viele Manipulationsmöglichkeiten gegeben, z. B. gründliches Reinigen der Räume vor der Messung, ausgiebiges »Querlüften«, niedrigere Raumtemperatur als bei der ersten Messung u. ä. So ermittelte der Technische Überwachungsverein (TÜV) in der Vergangenheit wiederholt keine erhöhten Werte, obwohl nach aufgetretenen Erkrankungen von unabhängigen Messinstituten einschlägige Giftstoffe in gesundheitsgefährdendem Ausmaß nachgewiesen wurden.

## »Eingreifwert«

Noch einmal zurück zur Georg-Ledebour-Schule nach Nürnberg: Dort wurden bei mehreren Messungen PCB-Werte zwischen 690 ng und 20.800 ng ermittelt. Der Durchschnitt lag bei 3.005 ng, womit der »Eingreifwert« gerade erreicht wurde. Diese Belastung führte bei rund der Hälfte der LehrerInnen und SchülerInnen zu erhöhten PCB-Konzentrationen im Blut. Bei den anderen Betroffenen ließ sich die vermehrte PCB-Aufnahme nur deshalb im Blut nicht mehr darstellen, weil die PCB-Bestandteile innerhalb kürzester Zeit im Körper zerfallen. Denn die Verstoffwechslung der in der Raumluft vorherrschenden niedrigchlorierten PCB-Anteile beginnt augenblicklich und ist in wenigen Stunden abgeschlossen. Die PCB-Teilkomponenten haben sich nun hauptsächlich in Gehirn, Lunge, Gebärmutter, Harnblase, aber auch in der Leber und im Fettgewebe angesammelt. Für eine aussagekräftige PCB-Blutuntersuchung muss deshalb die Blutabnahme direkt im Anschluss an den Unterricht erfolgen.

## Der Bock als Gärtner ...?

Spätestens mit den Ergebnissen an der Georg-Ledebour-Schule hat sich der »Eingreifwert« von 3.000 ng als absolute Minimallösung erwiesen, die keinen ausreichenden Schutz der Gesundheit gewährleisten kann. Im Sinne einer verantwortungsbewussten Gesundheitspolitik müsste dieser Wert deutlich nach unten korrigiert werden.

Doch was macht das bayerische Gesundheitsministerium? Erst einmal wird eine Studie zu den Ergebnissen an der Georg-Ledebour-Schule in Auftrag gegeben. »Die Studie soll von einem renommierten Forschungsinstitut durchgeführt werden.« (Bay. Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, Pressemitteilung Nr. 256 vom 20. Juli 2001).

Das »renommierte Forschungsinstitut« ist genau jenes Erlanger Universitätsinstitut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, das im Sommer 2000 Blutuntersuchungen bei LehrerInnen und SchülerInnen der Georg-Ledebour-Schule so durchführte (Blutabnahme am Morgen vor (!) dem Unterricht), dass keine erhöhten PCB-Konzentrationen ermittelt werden konnten. Es ist demnach der Haupt-

verantwortliche dafür, dass die LehrerInnen und SchülerInnen noch ein Jahr länger, bis zur Schulschließung im Sommer 2001, in den verseuchten Räumen bleiben mussten.

Das Ergebnis dieser »Studie« kennen wir schon jetzt ...

## Messen statt Sanierung

War im Juli der Staatssekretär im Kultusministerium Karl Freller noch der Ansicht: »... es gibt einen bundesweit geltenden einheitlichen Richtwert von 3000 Nanogramm PCB pro Tag und Kubikmeter Raumluft.« (Süddeutsche Zeitung vom 27. Juli 2001), so mussten wir schon Anfang September lesen, dass das Bayerische Gesundheitsministerium inzwischen erst eine PCB-Belastung von 9.000 (!) Nanogramm für einen kritischen Grenzwert hält (SZ vom 8./9. September 2001).

Obwohl der menschliche Organismus die ermittelte PCB-Raumluftbelastung in einer Stunde vollständig aufnimmt, empfiehlt das Gesundheitsministerium die Werte »runterzurechnen«. Demnach wäre bei fünfständigem Schulaufenthalt sogar noch ein exorbitant hoher Raumluftgehalt von 14.000 ng PCB tragbar, denn die Rechnung würde so aussehen: 14.000 ng geteilt durch 24 Stunden mal 5 Stunden = 2.902 ng. Ein kleiner Trick, und schon ist man unter dem kritischen »Eingreifwert« von 3.000 ng gelandet.

In der Regel ziehen es SchulleiterInnen und Landräte jedoch vor, der unverantwortlichen Empfehlung des Gesundheitsministeriums nicht zu folgen. Schulen (bzw. Klassenzimmer) mit mehr als 3.000 ng PCB-Belastung werden erst einmal geschlossen und in einigen Fällen auch Sanierungen in Angriff genommen. Viel zu oft verfährt man aber noch immer nach dem Prinzip: »Messen ist die billigste Sanierung«. Bei wiederholten Raumluftmessungen findet sich schließlich eine Firma, die Werte unter 3.000 ng ermittelt. Danach werden die Räume wieder freigegeben und alles läuft weiter wie bisher ...

So geht Gesundheitspolitik in Bayern!

### Weitere Informationen:

Initiative für PCB-freie Schulen, hervorgegangen aus der Elterninitiative Wiesentfeller Schule in München, Vereinsgründung mit Gemeinnützigkeit ist geplant  
Ansprechpartner: Jürgen Schulz,  
Augustenstraße 3, 80333 München,  
☎ 089/59 47 09 oder 089/87 12 86 75

# Viadrina (Frankfurt/Oder) – Collegium Polonicum (Slubice)

*An experiment in international living – Eine Anregung für zukünftige Studenten von Edgar Kucharzewski.*

Die Präsidentin der 1991 gegründeten Europa-Universität, Prof. Dr. Gesine Schwan, sieht deren Aufgabe wie folgt: »Hier an der Oder, im Herzen Europas, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, das Zusammenwachsen der europäischen Nachbarn mitzugestalten.« Damit knüpft sie an die alte Oder-Universität (Alma Mater Viadrina 1506–1811) an.

Die Gebrüder von Humboldt, Ulrich von Hutten, Carl Philipp Emanuel Bach, Thomas Münzer und Heinrich von Kleist studierten hier. Schon damals war die Universität Ausbildungsort von Studenten aus Polen-Litauen. Die Polen erwiesen sich im 17. Jahrhundert als die stärkste ausländische Gruppe. Mit der Gründung der Berliner Humboldt-Universität 1810 schloss die Viadrina. Einige Professoren lehrten in Berlin, das Inventar und ein Teil der Gelehrten übersiedelten nach Breslau. Die Leopoldina wurde so mit der Viadrina vereinigt.

## Die an der Oder Gelegene

Frankfurt/Oder ist ein Ort des Umbruchs mit immensem Anpassungsdruck. So musste der Arbeitsplatzabbau von 9 auf 6 Millionen verkraftet werden, was besonders die Frauenarbeitsplätze betraf. Der Vizepräsident der Europa-Universität Viadrina, Prof. Dr. Hermann Ribhegge, sieht in der geplanten Osterweiterung eine neue Chance. Die Region bildet einen natürlichen Grenzübergang mit der üblichen, zu erwartenden Kriminalitätsrate. Die Medien konstruieren daraus eine besondere Belastung, ohne die positiven Ansätze der Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten zu würdigen. 18 Prozent Arbeitslose, hüben wie drüben und besonders in den ländlichen Gebieten, müssen erst einmal verkraftet werden. Der Einkommensunterschied von 1:3 lässt einen einseitigen Druck nach dem Westen entstehen.

## Die Altlasten

Die Phase der völligen »Separierung« während der Zeit der »sozialistischen Brüderschaft« sollte die KollegInnen der ehe-

maligen DDR von den Demokratisierungsbewegungen in Polen fernhalten. Die polnischen Kollegen wurden mit dem Bus unter Bewachung zum Halbleiterwerk gefahren und nach der Arbeit, ohne Kontakte zur einheimischen Bevölkerung oder zu den deutschen ArbeitskollegInnen, wieder abgeholt. Mit dem internationalistischen Gedanken des Sozialismus hatte das wenig zu tun. Die heutige Initiative »freundliches Frankfurt (Oder)«, die Studentenpatenschaften der Bevölkerung und andere Initiativen legen nahe, dass Toleranz in Theorie und Praxis, abgeleitet von J. Deweys Verständnis der Zivilgesellschaft, Auswirkungen hat auf Demokratie und Schule vor Ort.

## Grenzgänger

Wir überqueren die Oderbrücke und erleben erstaunt das Collegium Polonicum, die gemeinsame Unternehmung der Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz-Universität Posen in Slubice. Die StudentInnen aus Deutschland und Polen begegnen sich direkt. Je nach Bedarf wohnt man im polnischen oder im deutschen Teil und kann so seine sprachlichen Erfahrungen und Mentalitätsübungen vornehmen, ohne von seinem Heimatland abgeschnitten zu sein. Ein Gang über die Oderbrücke stellt schnell die Anbindung an die eigene Kultur wieder her. Die Architektur des Neubaus bestätigt die grenzüberschreitende Absicht. Innenansichten und architektonische Ausblicke vermitteln beide Welten. Auf dem Dachplateau wird dies deutlich, hier kann man über die Oder nach Frankfurt blicken, – und die entsetzlichen Reste der Plattenbauten, aber auch den historischen Kern Frankfurts entdecken – die Grenze also schon jetzt überwinden. Selbstverständlich kommen die Studenten an dieser 1991 gegründeten Universität aus ganz Europa. Teilweise wird in den europäischen Sprachen unterrichtet: europäisches und polnisches Recht, BWL und Kulturwissenschaften aus der Sicht beider Kulturen, Umweltschutz, Politologie, Raumwirtschaft, Vergleichende Mitteleuropastudien, Schutz europäischer Kulturgüter, u. v. m. Ein Drittel der StudentInnen sind Polen. Aber

auch aus anderen Ländern finden sich Studierende, so dass z.T. in Englisch unterrichtet wird.

Der Verwaltungschef betont, dass es eine einseitige Strömung von Ost nach West gäbe. Die Viadrina mit ihrem Collegium Polonicum in Slubice möchte auch die umgekehrte Blickrichtung freilegen. Die tausendjährige Geschichte des Polnischen Königreiches mit der intensiven Durchdringung des europäischen Gedankengutes, der zweimaligen Teilung Polens, seiner Auflösung und die Nachkriegsentwicklung machen deutlich, dass es ein Europa ohne Polen nicht geben könne. »Wer Riga und Krakau und Lodz nicht gesehen hat, der hat von Europa nur die Vorstellung des EU-Europas, dieses Klein-Europas.« schreibt der Osteuropa-Historiker Schlögel am 24. August 2001 in der *taz*. Der Studieneinführer vermerkt: »Es gibt nicht viele Universitäten ..., die den Anspruch der Internationalität von Forschung und Lehre so ernst nehmen wie die Viadrina.« »Querdenken« sei gefragt und der »Ausblick über den eigenen Tellerrand«. Die vielen Partnerschaften in der gesamten Welt zwischen Ost und West belegen das »experiment in international living«.

## Internationaler Charakter

So existieren Kooperationsabkommen mit den osteuropäischen Universitäten. Im Rahmen der EU-Programme sind bilaterale Abkommen mit Universitäten in Europa und Nordamerika entstanden. Kooperationsbeziehungen bestehen zwischen den Universitäten in Südafrika, Australien, Argentinien, Mexiko, Uruguay, Weißrussland und Russland.

Die Abschlüsse sind jeweils in der polnischen oder deutschen Sprache möglich.

Ich denke, wir sollten unsere SchülerInnen auf diese grenzüberschreitende Studienmöglichkeit hinweisen.

### Informationen:

Europa-Universität Viadrina, Collegium Polonicum  
Frankfurt (Oder), Große Scharrnstraße 59  
15230 Frankfurt (Oder)  
colpol@euv-frankfurt-o.de  
☎ +49/335/53 41 64 00

# Der Zeitgewinn

Eine Glosse in Fortsetzungen von Hannes Henjes.



Die ganz große Freiheit hat er mir bislang noch nicht gebracht, der so genannte Ruhestand, aber ich habe längst den Verdacht, dass es dieses »große Freiheit« gar nicht gibt. Sie ist wohl nur eine Illusion, die wir brauchen, um mit unserem »normalen Unglück« fertig zu werden. So jedenfalls merkte Sigmund Freud einmal sarkastisch an. Doch wie dem auch sei, ich halte mich lieber an die kleinen Freiheiten des Lebens, die sich mir täglich bieten und die mein Zeitgewinn vermehrt hat.

Verpflichtungen abgerechnet, kann ich jederzeit tun, was ich will. Ich kann beispielsweise lesen oder schreiben oder Freunde besuchen. Ich kann Fahrrad fahren oder schwimmen gehen. Ich kann aber auch einfach in den nächsten Bus oder Zug steigen, ein paar Stationen fahren, aussteigen, wo es mir gefällt, und einen Spaziergang machen.

Spaziergänger sind die freiesten Menschen unter der Sonne. Sie gehen nur in einem Tempo, das ihnen gemäß ist, sie gehorchen nur ihrem eigenen Bewegungsgesetz. Spaziergänger sind Genießer. Sie genießen die Zeit und den Raum, und da sie sich langsam bewegen, nehmen sie mit ihren Sinnen mehr auf als andere. Die ruhige Lebendigkeit des Geistes beim Spazierengehen ist für mich ein höchst erstrebenswerter Zustand, und er wird es bleiben, solange ich laufen kann.

Spazierengehen ist eine Lebensform. Wer mehr darüber wissen will, vertiefe sich in den »Spaziergang nach Syrakus« von Johann Gottfried Seume. Im Jahre 1802 wanderte dieser überzeugte Fußgänger vom sächsischen Grimma über Prag, Wien, Graz, Mailand, Venedig, Rom, Neapel und Palermo nach Syrakus und ging dann »mit einigen Umschweifen«, über Zürich und Paris, nach Hause zurück. Dass selbst einige seiner Zeitgenossen meinten, er »sey nicht gescheidt«, störte ihn nicht. Er hielt das Zu-Fuß-Gehen für die beste Art des Reisens und lehnte häufig ab, wenn er eingeladen wurde, im Wagen mitzufahren. In Mailand, wieder auf dem Rückweg ins heimische Sachsen, schreibt er zum Beispiel: »Von Rom hierher ging ich halb im Wagen, halb zu Fuße; im Wagen so weit ich musste, zu Fuße so weit ich konnte.« Heute machen es die meisten umgekehrt.

Seume hat sich seinen »Spaziergang« sowie auch seinen »Sommer im Jahre 1805« im wahrsten Sinne des Wortes erlaufen. Dementsprechend finden sich in seinen Büchern immer wieder Stellen wie diese: »Mit diesen und ähnlichen Gedanken, die ich hier nicht alle herschreiben kann, lief ich immer an der Mürz hinunter ...« oder »Langsam wallte ich dahin; mir däuchte, ich sähe die Schatten des Redners und des Feldherrn, des Tullius

und des Marius, daher ziehen.« Unmittelbar nach einem längeren Fußmarsch setzt er sich in einem Gasthaus nieder und bringt ein Gedicht über das Verhältnis von Recht und Billigkeit zu Papier, nach einem ausgedehnten Streifzug durch Rom verfasst er eine »Rhapsodie« auf das Kapitol und hoch über dem Himerfluss schreibt er die Elegie »Trauer der Ceres«. Wer zu Fuß unterwegs ist, dem wachsen offensichtlich Gedanken, und wenn es bei meinen Spaziergängen auch nicht annähernd so viele und bedeutende sind wie bei Seume, so freue ich mich doch über jede Idee, die mich zum Schreiben anregt.

Zu den kleinen Freiheiten, an die ich mich halte, gehört auch das Lesen, das ohnehin nichts anderes ist als ein geistiger Spaziergang, aus dem zuweilen ein regelrechtes Abenteuer werden kann. Auf diese Weise machte ich die Bekanntschaft mit einem Zeitgenossen Seumes, mit Friedrich Wilhelm Herschel, dem Mann, der »die Schranken des Himmels durchbrach«. Herschel war Musiker, Komponist und Astronom. »Man kann lernen, die Sterne zu sehen, wie man lernen kann, eine Fuge von Händel zu spielen«, schreibt er einmal an einen Freund. Herschel entstammte einer in bescheidenen Verhältnissen lebenden Musikerfamilie in Hannover und ging 1757 nach England. Hier entdeckte er am 13. März 1781 einen neuen Planeten, den Uranus, »der sozusagen die bisherigen Grenzpfähle weiter ins Weltall hinaus verschob« (Heinz Gärtner). Herschels »Lebensweg von der Musik zu den Sternen« zu verfolgen, ist ein Leseabenteuer von hohen Graden, auf das man/frau sich unbedingt einlassen sollte.

Doch zurück zu den kleinen Freiheiten. Vielleicht ist das Glück, nach dem ein jeder/eine jede strebt, nur die Fähigkeit, die ihm/ihr gemäßen Freiheiten wahrzunehmen und zu nutzen. Bei mir wären es das Laufen, Schreiben und Lesen. Danach käme alles andere. Beim nächsten Spaziergang werde ich darüber nachdenken.

## Zwei Leseabenteuer:

Johann Gottfried Seume, *Spaziergang nach Syrakus im Jahre 1802*, Nördlingen 1985

Heinz Gärtner, *Er durchbrach die Schranken des Himmels. Das Leben des Friedrich Wilhelm Herschel*, Leipzig 1996



## Vorrücken gefährdet!

Christoph Wolf über die Schulsituation im Raum Augsburg.

An allen bayerischen Schulen wurden im September 2001 durch das Kultusministerium zentrale Jahrgangsstufentests für das Fach Mathematik durchgeführt. Bayerns Hauptschulen haben hierbei die Durchschnittsnote 4,36 erzielt. Die 1.263 SchülerInnen aus dem Landkreis Augsburg erzielten mit 4,33 ein ähnlich katastrophales Ergebnis.

Diese Bilanzen stehen in den letzten Jahren in kontinuierlicher Folge. So lag im Jahr 1999 das Ergebnis bei 4,45 und im Jahr 2000 bei 4,47 für die Regelklassen im Landkreis Augsburg.

Die Ergebnisse aus den Hauptschulen der Stadt Augsburg wurden – trotz vielfacher Bemühungen – unter Verschluss gehalten. Das Verhalten des Staatlichen Schulamtes Augsburg lässt Rückschlüsse auf die erzielten Ergebnisse zu.

Erhebliche Verbesserungen wurden bei den Realschulen gemessen. Augsburgs Realschulen wurden ausgewiesen im Gebiet Schwaben-Nord. So lag das Ergebnis für Schwaben-Nord heuer bei 2,28 bzw. 2,47 gegenüber den Vorjahreswerten von 3,48 bzw. 4,08. Diese drastische Verbesserung erklärt sich aber lediglich durch eine Veränderung der Testanforderungen, so dass ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist.

Eine gravierende Verschlechterung gemessen wurde an Schwabens Gymnasien, wo die Durchschnittsnote heuer 3,94 betrug, während sie letztes Jahr noch bei 3,50 lag.

Auch die Ergebnisse der zentralen Deutschtests lassen wenig Raum für Hoffnung. So lag das Landesergebnis für Hauptschulen bei 3,31, während es im Vorjahr bei 2,66 lag. Das Ergebnis für Augsburg-Land ergibt ähnliche Werte: 3,32 für heuer, im Vorjahr 2,97 für die Regelklassen.

Der Hauptgrund für diese Leistungsver schlechterung liegt in der Änderung der Testanforderungen. Denn im Vorjahr wurde in den achten Klassen teilweise sogar Zweitklassstoff abgefragt, was die Ergebnisse absolut verfälscht hat.

Bei den Realschulergebnissen zeichnet sich ein ähnliches Resultat ab wie in den Mathematiktests: Durch Änderung der Testanforderungen wurden verbesserte Ergebnisse erzielt: Schwaben-Nord liegt

heuer bei 2,28 gegenüber 3,48 im Vorjahr. Ähnliches lässt sich auch für die schwäbischen Gymnasien vermelden: Heuer 2,96, im Vorjahr 3,20 bei den Deutschtests, weil die Anzahl der Aufgaben in diesem Schuljahr gegenüber dem Vorjahr verringert worden war.

Insgesamt reihen sich diese Testergebnisse lückenlos ein in die Ergebnisse der Vorjahre für die Hauptschulen in Augsburg-Land, aber auch die Realschulen und Gymnasien im schwäbischen Raum.

Die internationale TIMSS-Studie und auch die jüngste PISA-Studie werden durch diese lokalen und schulspezifischen Tests nur untermauert.

Nach Auffassung der GEW Augsburg bringen diese ständigen Tests keinerlei unterrichtliche Verbesserungen. Das Gebot der Stunde wäre es, in die Länder der Test-

sieger zu schauen und hier Anregungen aufzunehmen. So gibt es nur in Bayern das neu eingeführte »Grundschulabitur« im Alter von 10 Jahren, so ist Bayern Spitzenreiter im viel zu frühen Ausleseverfahren, so ist Bayern Spitze in viel zu großen Klassenstärken.

In Finnland beispielsweise gehen Kinder 9 Jahre gemeinsam in Klassen, in den Testsiegerstaaten gibt es keine DurchfallerschülerInnen, in den Grundschulen in Finnland sitzen durchschnittlich 13 SchülerInnen, in Bayern über 24!

Es nützt den SchülerInnen und LehrerInnen wenig, wenn die Leistungen jedes Jahr neu getestet werden.

Der Freistaat Bayern muss endlich die Konsequenzen ziehen und dringend mehr und jüngere Lehrkräfte einstellen. Es muss erheblich mehr Geld für die Bildung aufwenden, um seine Hausaufgaben zu erledigen.

Das Geld wäre da, es wird aber für Prestigeprojekte oder Leo-Kirch-Subventionen eingesetzt.



## 50 Jahre GEW in Würzburg

Die GEW ist in Bayern 50 Jahre alt geworden. Der Kreisverband Würzburg feierte dieses runde Jubiläum mit einem Festakt.

Schorsch Wiesmaier (rechts im Bild), der GEW-Landesvorsitzende, sprach sich gegen das gegliederte bayerische Schulsystem (»Unsinn«) und für mehr Differenzierung aus: »Deutschland ist ein Welt-

meister im Auslesen, andere Länder sind Weltmeister im Fördern«.

Anschließend ging es dann fröhlich zu: Der Kabarettist Urban Priol (Deutscher Kleinkunstpreis) schaute mit seinem »Jahresrückblick – Tilt« spitzzüngig zurück nach vorne.

Der Würzburger Kreisvorsitzende Jörg Nellen (links) dankte es ihm.

## Pisa und die üblichen Verdächtigen

Leserbrief zu den PISA-Beiträgen in DDS 1-2/2002.

Nun sind sie alle dingfest gemacht, die üblichen Verdächtigen im Zusammenhang mit der deutschen Bildungsmisere: erziehungsunwillige Eltern, lernunwillige SchülerInnen und leistungsunwillige »Kuschelpädagogen« (Stoiber in der Hallertauer Zeitung vom 15. Dezember 2001). Alles paletti! Ursachenforschung erfolgreich abgeschlossen!

Aber halt! War da nicht noch in der 80er Jahren ein Kultusminister Zehetmair, der die Devise ausgab den »Schülerberg zu untertunneln« und danach wurde von ihm und seiner Nachfolgerin wie folgt verfahren: Klassen bis zur Höchststärke auffüllen, Unterricht an Schulen reduzieren, Fördermaßnahmen abbauen, dafür die LehrerInnenarbeitszeit erhöhen mit der Folge, dass aufgrund fehlender Neueinstellungen der Jüngste im LehrerInnenzimmer seinen 50sten Geburtstag feiert.

Die schlechte Ausstattung der Grundschule ist »auch eine der entscheidenden Ursachen für die gravierenden Defizite bei der Kompetenz älterer SchülerInnen. Andere Staaten wenden 60 bis 90 Prozent mehr Geld für jedes Kind an Grundschulen auf als wir.« (Bundespräsident Rau in der Hallertauer Zeitung vom 11. Januar 2002)

Aber wir wollen weder nachkarteln noch kleinlich sein. Die Lösung ist schon in Sicht. Leistungstests in der zweiten und dritten Jahrgangsstufe der Grundschule bringen bayerische Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen wieder auf Vordermann und weltweit an die Spitze.

Denn: Wird in meiner dritten Klasse mit 28 Kindern anhand der Tests festgestellt, dass die Leistungen unterdurchschnittlich sind, wird selbstverständlich sofort die Klasse geteilt, um eine bessere Förderung der einzelnen SchülerInnen zu erreichen. In der zweiten Klasse mit 22 SchülerInnen, davon sechs Ausländerkinder und drei aus einem schwierigen sozialen Umfeld, werden natürlich zusätzliche Stütz- und Förderkurse für diese Kinder eingerichtet. Und da ist noch der Kollege, der mit seinen 20 SchülerInnen nicht zu recht kommt. Sie tanzen ihm auf der Nase herum und dementsprechend sind die Leistungen. Stante pede wird er zu umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen verpflichtet. Zwischenzeitlich unterrichtet

die verwaiste Klasse eine junge Kollegin, die als mobile Reserve voller Tatendrang auf ihren Einsatz wartet. Weil die Durchlässigkeit der Schulen für sozial Schwache und die frühe Auslese zusammenhängen, wird die Grundschulzeit auf sechs Jahre aufgestockt und die sechsstufige Realschule wieder abgebaut. Die ländlichen Gemeinden Niederbayerns, in denen nur 28 Prozent der SchülerInnen ans Gymnasium übertreten, von denen dann wiederum während ihrer weiteren Schullaufbahn knapp die Hälfte scheitern, bekommen gesonderte Förder- und Aufklärungsmaßnahmen, weil schließlich im fernen Finnland nicht knapp die Hälfte scheitert, sondern studiert.

Bayern vorn! Nur an der Grundschule in Bogenhausen, wo schon seit Jahrzehnten 90 Prozent der Kinder ans Gymnasium übertreten, bleibt alles beim Alten.

Also, ihr erziehungsunwilligen Eltern, ihr lernunwilligen SchülerInnen und ihr Kuschelpädagogen! Lasst das Gejammer! Her mit den Tests!

*Alois Baun*

## BOECKS SCHEUNE

Selbstversorgerhaus für junge Gäste aller Art, 29 Betten, idyllische Lage a. Dorfrand nahe Kulmbach/Oberfr., umgeb. von Wald, Wiesen, Feldern, Spielw., Grillpl., Lagerf., TT etc. /Teilverpfleg. mögl.

*Info: Uwe Böck,*

**Lehenthal 54, 95326 Kulmbach, Telefon 0 92 21/8 14 31, Fax 0 92 21/92 48 39**

**www.boecks-scheune.de**

## Gedankenaustausch

Diplompädagogin im Raum München, derzeit auf der Suche nach beruflicher Neubestimmung, bietet für andere, derzeit freigestellte DiplompädagogInnen Möglichkeit des schriftlichen, vertraulichen Gedankenaustausches bei geringfügiger Unkostenbeteiligung über:

- Probleme mit den bisherigen Arbeitsstellen und Klienten
- Tipps für sozialpädagogische Arbeitsbereiche
- Analysehilfe für den Umgang mit schwierigen Fallstudien

Nur seriöse Zuschriften an:

Frau Diplompädagogin Univ. Hummel S.  
Am Sportpark 3  
85551 Kirchheim-Heimstetten

Im deutschen Sprachraum einziger, internationaler



## Montessori-Kurs

**für LehrerInnen der 6–12-Jährigen  
in Ferienzeiten 2002–2004, in München**

Anerkennung durch Association Montessori Internationale – AMI –  
bedeutet originalgetreue, unverkürzte Montessori-Pädagogik

**Montessori Internat. Ausbildungszentrum e.V. \*)**



Espenstraße 1a, D-80935 München,  
Tel. 0 89/3 54 17 52, Fax 0 89/35 74 70 13  
e-mail: montessori-muenchen@yahoo.de  
web: www.montessori-training.de

\*) Wir bieten auch Kinderhaus-Kurse (für das Alter 3–6 Jahre) an



Zum Schuljahresbeginn 2002/2003 suchen wir für unsere Augsburger Schulen verschiedene Lehrkräfte:

**Für unser Maria-Theresia- und Jakob-Fugger-Gymnasium**

**Lehrkräfte**

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien mit den Fächerverbindungen

- Wirtschaft/ Recht mit beliebigem Beifach, möglichst Englisch
- Ev. Religion/ Sport (männlich)
- Englisch/ Deutsch oder Italienisch
- Deutsch/ Französisch
- Mathematik mit beliebigem Beifach, möglichst Physik
- Chemie/ Biologie
- Biologie mit beliebigem Beifach, möglichst Französisch
- Deutsch/ Geschichte
- Kath. Religion mit beliebigem Beifach, möglichst Deutsch
- Musik mit beliebigem Beifach, möglichst Englisch

**Für unsere Reischlesche Wirtschaftsschule**

**Lehrkräfte**

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien mit den Fächern

- Wirtschaftswissenschaften/ Recht mit beliebigem Zweitfach, möglichst Erdkunde, Geschichte, Deutsch oder Englisch

**Für unsere Agnes-Bernauer-Schule**

(Realschule mit angegliederter Abendrealschule für Berufstätige)

**Lehrkräfte**

mit abgeschlossener Ausbildung für das Lehramt an Realschulen mit den Fächerverbindungen

- Mathematik/ Physik oder
- Physik mit Zusatzfach

Die Bereitschaft, an der Abendrealschule zu unterrichten, wird vorausgesetzt.

**Für unsere beruflichen Schulen**

(Berufsschulen und Reischlesche Wirtschaftsschule)

**Lehrkräfte**

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Metalltechnik mit beliebigem Zweitfach (Englisch erwünscht)
- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft (Schwerpunkt Nahrung) mit beliebigem Zweitfach
- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft (Schwerpunkt Hauswirtschaft) mit beliebigem Zweitfach oder
- Sozialpädagogik mit beliebigem Zweitfach
- Elektrotechnik mit IT-Erfahrung, Englisch, Sozialkunde, Deutsch, kath. Religion oder Sport
- Englisch (EDV-Kenntnisse erwünscht)

und pädagogisch ausgebildete

**Fachlehrer/innen**

für die Berufsfelder

- Hauswirtschaft/Handarbeit
- Fachtheoretischer und praktischer Unterricht im Gastgewerbe (Köchin/ Koch)
- Schreibtechnik

Ferner suchen wir

**Diplomhandelslehrer/innen**

- mit beliebigem Zweitfach, bevorzugt Englisch, Erdkunde, Geschichte, Deutsch oder

Im Laufe der Personalbedarfsplanung können sich auch in anderen Fächern noch Einsatzmöglichkeiten ergeben. Aktuelle Informationen sind dem Internet unter [www.augsburg.de/lehrer.html](http://www.augsburg.de/lehrer.html) zu entnehmen.

Die Besoldung bzw. Vergütung erfolgt nach dem Bundesbesoldungsgesetz bzw. nach dem Bundesangestelltentarifvertrag. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens **05.04.2002** mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien an die Stadt **Augsburg, Personalamt, Personalwirtschaft/2, Unterer Graben 6, 86152 Augsburg**. Telefonische Auskünfte werden unter Rufnummer 0821/324-22 33 erteilt.

Stadt Augsburg

# Nationalismus, Rassismus, Krieg

Hannes Henjes über das Heft Nr. 41 der Zeitschrift »Widerspruch«.

Seit 1981 erscheint zweimal jährlich in Zürich die Zeitschrift »Widerspruch«, die in ihrem programmatischen Untertitel »Beiträge zur sozialistischen Politik« ankündigt. In ihnen setzen sich namhafte AutorInnen mit wichtigen Themen der Zeit auseinander. Schwerpunkte der letzten Hefte waren beispielsweise: »Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau?«, »Flüchtlinge, Migration und Integration«, »Globalisierung und Widerstand«, »Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität« sowie »Zukunfts-Perspektiven«. Das jüngste Heft, Nr. 41, trägt den Titel »Nationalismus, Rassismus, Krieg« und führt den Leser/die Leserin mitten hinein in die Debatte um die Militarisierung der Weltpolitik, die in vielen westlichen Ländern von einer rassistisch gefärbten Ideologisierung der Nation begleitet wird.

## Der Krieg gegen den Terror

Der erste Beitrag stammt von der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy. Sie arbeitet die Vorgeschichte des Krieges gegen den »internationalen Terrorismus« heraus und zeigt anhand ausgesuchter Zitate, dass dieser Krieg propagandistisch auch im Namen von Nationen geführt wird: der »islamischen« (Osama bin Laden) und der »friedlichen« (George W. Bush). Dass der Krieg noch immer ein hervorragendes Mittel ist, um Nationen und Allianzen zusammenzuschweißen, darauf geht der Wiener Historiker Franz Schandl ein. »Nation als Krieg« heißt sein Essay, in dem er an einige Vorbilder dieses Denkens erinnert, z. B. an Hegel, Spengler und Heidegger. Hegel: »Die Gesundheit eines Staats offenbart sich im allgemeinen nicht sowohl in der Ruhe des Friedens als in der Bewegung des Krieges...«.

## Alte und neue Nationalismen

Die Wiederbelebung alter und die Entstehung neuer Nationalismen kann man/frau als »Reaktion auf Globalisierung, Denationalisierung der Wirtschaft und auf die Krise des Nationalstaates« verstehen.

So macht der Marburger Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl auf »fortdauernde nationalistische Mobilisierungsversuche« aufmerksam, wie sie z. B. der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble unternimmt, wenn er die Nation als »Schicksalsgemeinschaft« darstellt. Hans Ulrich Jost, Geschichtsprofessor in Lausanne, weist am Beispiel des helvetischen Nationalismus nach, dass dieser den Schweizer Rechtskonservativen als wirksame Mobilisationsideologie dient. Angesichts isolationistischer Positionen der Schweizer Rechten auf dem Felde nationaler Sicherheitspolitik plädiert Josef Lang, Historiker und Kantonratsrat der Sozialistisch-Grünen Alternativen, nicht für eine Öffnung der Schweiz zur NATO hin, sondern für den konsequenten Aufbau eines zivilen Internationalismus im Rahmen der UNO.

## Standortnationalismus und Zuwanderung

Christoph Butterwegge (Universität Köln) erhellt den engen Zusammenhang zwischen Standortnationalismus, Rechtsextremismus und restriktiver Zuwanderungspolitik und sieht vor dem Hintergrund der Globalisierung in der »Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems« eine der wesentlichen Ursachen für Rassismus und rechte Gewalt. Frerk Huisken (Universität Bremen) analysiert diesen Standortnationalismus und kommt zu dem Ergebnis, dass die regierenden Demokraten ihn zwar gegen den »störenden« und »bornierten völkischen Nationalismus« ausspielen können, dass es aber schwierig sei, ihn etwa vom angepassten Nationalismus der NPD zu unterscheiden. Ein Blick in die Schweiz offenbart zweierlei: Auch dort wächst die rechtsextreme Szene, so Hans Stutz, Redaktor des »Klartext«, zugleich weitet sich das Netzwerk des Antirassismus aus, wie Yves Kramer (Sozialarbeiter, Zürich) darlegt.

## Rassismus und Antirassismus

Einen alarmierenden Befund teilt der Göttinger Sozialwissenschaftler Klaus Dörre

mit: Sowohl in Betrieben und Unternehmen als auch in den Organisationen der Arbeiterbewegung gibt es eine deutliche Neigung zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die er auf die generelle Schwächung der sozialen Integrationskraft von Erwerbsarbeit zurückführt. Die Schweizer Gewerkschafterin Vania Alleva schreibt über ähnliche Tendenzen in ihrem Land und setzt bei deren Bekämpfung unter anderem auf die konsequente Integration der AusländerInnen in die Gewerkschaftsstrukturen.

Eine antirassistische Strategie gegen den durch neueste »Eurobarometer«-Umfragen belegten Rassismus in den EU-Ländern skizziert der Friedens- und Konfliktforscher Christian P. Scherrer, der den Amsterdamer Vertrag vom 29. Juni 2000 als »einen Durchbruch hinsichtlich gleicher Rechte und des Schutzes von Minderheiten in der EU« wertet.

Ermutigend wirkt in diesem Zusammenhang auch der Beitrag des Berliner Professors für politische Philosophie, Heinz Klegler, der sich von einer künftigen europäischen Verfassung die Formung einer europäischen Bürgergesellschaft mit einer eigenen kollektiven Identität erhofft.

Den essayistischen Teil des Heftes beschließt der Bericht des Züricher Migrationsforschers Gianni D'Amato über »Einwanderung, Integration und Multikulturalität in der Schweiz«.

## Vorzüglicher Gesamteindruck

Das Heft ist sorgfältig aufgebaut, die Beiträge sind thematisch gut auf einander abgestimmt, was auch für den Diskussions- teil sowie für die »Marginalien und Rezensionen« gilt. Die Literaturhinweise zum Schwerpunkt und die Weiterschriften-schau tragen zum vorzüglichen Gesamteindruck bei.

### Bezug:

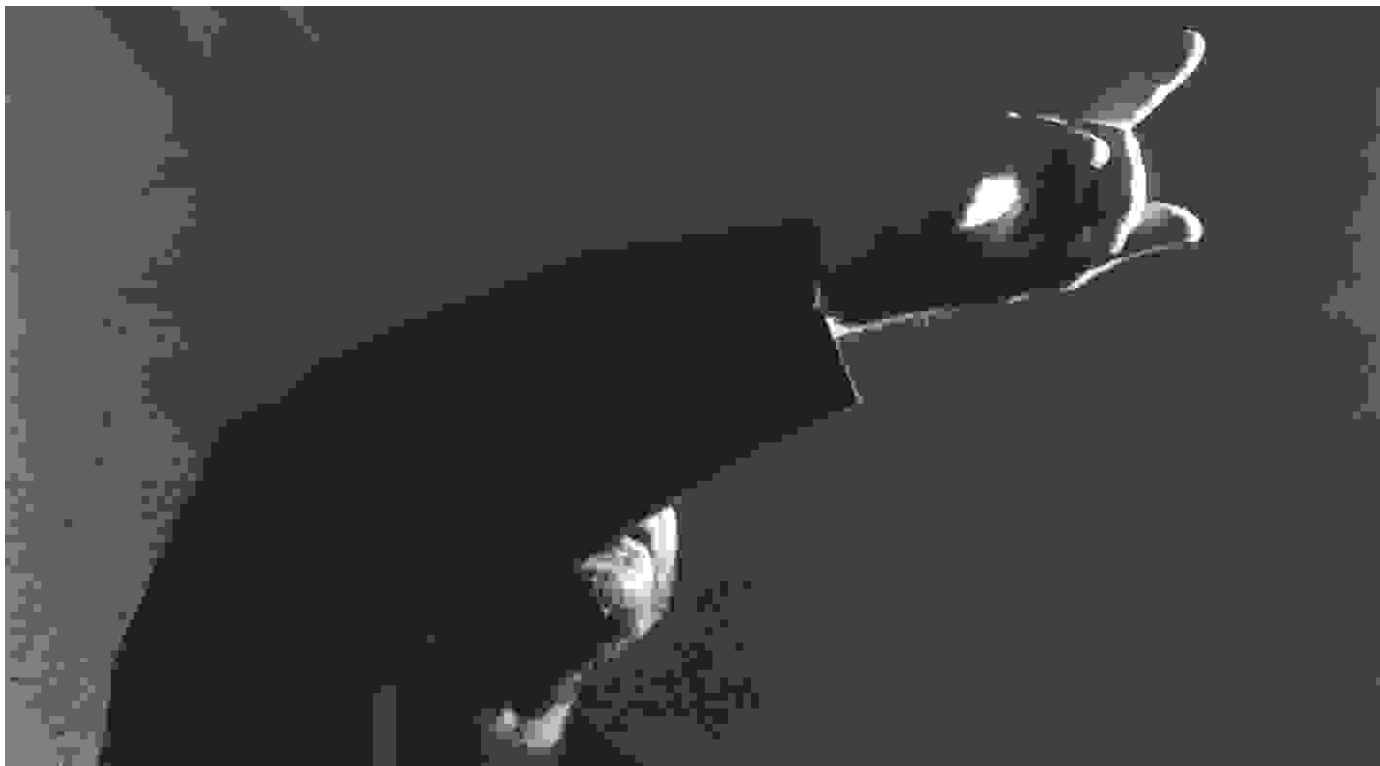
Widerspruch Heft 41, Nationalismus, Rassismus, Krieg, 208 S., sFr. 25,-/Euro 16,-, im Buchhandel; Postfach, CH-8026 Zürich,

☎/Fax 0041(0)12 73 03 02,

vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

# Ihrer Stimme Gehör geben

Überlebensberichte ehemaliger Häftlinge des KZ Flossenbürg. Von Gerhard Minderlein.



Unter dem Thema »Zwangsarbeit – Ihrer Stimme Gehör geben« wurden im Verlag Pahl-Rugenstein von den AutorInnen Bernhard Füßl, Sylvia Seifert und Hans Simon-Pelanda Überlebensberichte ehemaliger Häftlinge des KZ Flossenbürg gesammelt und in einem kleinen Bändchen unter dem Herausgeber »AG ehemaliges KZ Flossenbürg« veröffentlicht.

Zehn Menschen, die eine menschenverachtende Ideologie und ihre Gehilfen in das gleiche Lager geführt haben, wurden dort – manche oft jahrelang – ausgebeutet, geschunden und gequält und vor allem ihrer Würde beraubt.

Zehn Menschen können durch das Buch und die Arbeit der AutorInnen ihre Stimme erheben und erzählen, was ihnen (und den unzähligen Verstummtten) widerfahren ist.

Das Büchlein ist gegliedert in ein Vorwort, eine knappe Übersicht über die Anlage des KZ Flossenbürg mit sehr vielen Außenlagern, Berichte und Interviews, einen Anhang, das Quellenverzeichnis und ein Literaturverzeichnis. Meiner Meinung nach wäre eine Karte zur Orientierung für die meisten Leser sinnvoll.

Das Vorwort rechtfertigt sich fast mit seiner Absicht, den ehemaligen Häftlin-

gen ein Sprachrohr zu sein. Die jüngeren LeserInnen sollen über die Absichten der Nachgeborenen informiert sein, dass sich diese Barbarei nie mehr wiederholen kann.

Viele der ehemaligen Häftlinge fühlen sich aufgefordert, jetzt, solange sie noch leben, über die damaligen Ereignisse zu sprechen, weil sie sich ihrer ermordeten Kameraden verpflichtet fühlten. Die Erzähler aus mehreren Nationen berichten über Flossenbürg mit dem Steinbrüchen und den Flugzeug-Montagehallen, aus anderen Lagern (Leitmeritz, Lengenfeld, Hainichen, Dresden), über Schikanen, Menschenverschleiß, Sabotage, Mut, Ausbeutung bis zum letzten Kriegstag und die Versuche, auf den »Evakuierungsmärschen« die Zeugen der Verbrechen zu vernichten.

Daneben staunt man über die sachlichen Schreiben, mit der die Stadt Weiden, die Gemeinde Flossenbürg, das Staatliche Forstamt, das Wasserwirtschaftsamt Weiden, ein Fuhrunternehmen, ein Müller, eine Brauerei, ein Textilbetrieb, ein Bäcker und viele Landwirtinnen sich Sklaven ausleihen konnten.

Sklavenwirtschaft in Bayern! Dazu gehören auch angesehene Firmen wie die Auto-Union, die Dresdner Bank,

die Reichsbahn, Messerschmitt (heute: EADS), Fa. Bernsdorf & Co.

Bei den Interviews haben die Übersetzer vorsichtig und dezent die Originalausagen mit allen sprachlichen Hemmungen der Erzähler wiedergegeben.

Den Texten sind Fotografien der Lagerverwaltung sowie Lithographien und Kohle-/Tuschezeichnungen beigelegt. Manche ehemaligen Häftlinge haben ihre Erinnerungen künstlerisch zum Ausdruck gebracht. Auch Faksimileabdrucke von Schriftwechsel und Kommandanturschreiben – leider schwach reproduziert – geben Aufschluss über die damalige »Normalität« der Verbrechen.

Makabere Erkenntnis am Rande: Der bayerische Staat, vertreten durch das Staatsministerium für Finanzen, verdient noch heute Pachteinnahmen aus der Hände Arbeit der dort Ermordeten.

Für Schulen und Bildungseinrichtungen sind diese Texte sicher eine handliche Arbeitsgrundlage mit historischen Quellen, die nicht betroffen machen soll, sondern weitere Fragen aufwerfen möchte.

**Zwangsarbeit – Ihrer Stimme Gehör geben**

Taschenbuchformat, 112 Seiten

Preis € 10,-, ISBN 3-89144-296-3

### Veränderte Arbeit

Über »Arbeit im Wandel« hat der Wochenschau Verlag ein Themenheft für die Sekundarstufe I veröffentlicht. Ziel ist es, den SchülerInnen einen Einblick in die Arbeitswelt zu geben. Das Heft hat 40 Seiten und kostet 7,20 €, als Klassensatz ab 10 Heften je 4,10 €.

#### Wochenschau Verlag

Adolf-Damaschke-Straße 12, Stichwort »Wochenschau«, 65824 Schwalbach/Ts., Fax 0 6196/8 60-60.  
wochenschau-verlag@t-online.de

### Gerechte Verteilung

Herausgegeben von der IG Metall, ist ebenfalls im Wochenschau Verlag die »Denk-Schrift fairteilen« erschienen. Darin geht es um soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und die Wege dorthin. Adresse: s. o., Stichwort »fairteilen«

### Antirassismus-Projekte

Jugendgruppen, die sich gegen rechts engagieren wollen, bekommen durch die Internet-Plattform D-A-S-H Unterstützung. Sie bietet Beratung, Qualifizierung und Zugang zu wichtigen Internetdiensten und wird getragen von JFF (Institut für Medienpädagogik), gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Nähere Informationen: <http://d-a-s-h.org>,  
Rückfragen: [info@d-a-s-h.org](mailto:info@d-a-s-h.org) oder [jff@jff.de](mailto:jff@jff.de)

### proJugend

In der Ausgabe 1/2002 der Zeitschrift proJugend geht es um die »Alltagsdroge Alkohol«. Ein Jahresabo der viermal jährlich erscheinenden Zeitschrift kostet 11 €.

#### Aktion Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Bayern e.V., Fasaneriestraße 17, 80636 München, ☎ 0 89/12 15 73-0, Fax -99,  
[info@aj-bayern.de](mailto:info@aj-bayern.de)

### Mädchenarbeit, Jungenarbeit

Fortbildungen für Beschäftigte im Bereich Mädchenarbeit gibt es bei:

#### IMMA

Jahnstraße 38, 80469 München,  
☎ 0 89/23 88 91-20, Fax -15, [info.imma@gmx.net](mailto:info.imma@gmx.net)  
Für Beschäftigte in der Jungenarbeit werden von for! (ju:) Fortbildungen angeboten, teilweise auch in Bayern:

#### for! (ju:)

Groner-Tor-Straße 16, 37073 Göttingen,  
☎ 05 51/451-43, Fax -03, [info@forju.de](mailto:info@forju.de)

### Kriegsdiamanten

Eine Kampagne gegen den skrupellosen Handel mit Diamanten, um damit Kriege

zu finanzieren, läuft bei medico international und ist durch zahlreiche Materialien für den Unterricht geeignet. Anfragen zu den meist kostenlosen Materialien an: *medico international*

☎ 0 69/944 38 27, Fax 0 69/43 60 02,  
[info@medico.de](mailto:info@medico.de)

### Museumspädagogik

Im aktuellen Programm des Museumspädagogischen Zentrums MPZ gibt es viele Angebote für Unterrichtende in Bayern. Neu ist beispielsweise eine Publikation über das Neue Schloss Bayreuth.

#### Museumspädagogisches Zentrum

Neue Pinakothek, Barer Straße 29, 80799 München,  
☎ 0 89/28 81 58-22, Fax -23, [info@mpz.bayern.de](mailto:info@mpz.bayern.de)

### Terror und Krieg

Vom isw sind zwei Studien erschienen, die sich mit dem Krieg in Afghanistan und weltpolitischen Interessen beschäftigen: »Krise und Krieg« (Report Nr. 49, 3,50 €) thematisiert den »Krieg gegen den Terror« und den globalen Imperialismus; »Krieg ums Erdöl« (isw-spezial Nr. 15, 3 €) beschäftigt sich mit dem westlichen Erdölbedarf und seinen politischen Folgen.

#### institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München,  
☎ 0 89/13 00 41, Fax 1 68 94 15,  
[isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de)

### Israelisch-palästinensischer Konflikt

In dem Jugendbuch »Die Einladung nach Jerusalem« von Vera Zingsem geht es um das Leben und die alltäglichen Konflikte, aber auch Ängste von Juden und Palästinensern in Jerusalem. Miriam, ein zwölfjähriges Mädchen aus Deutschland, ist von einer befreundeten palästinensischen Familie eingeladen, die Sommerferien bei ihnen in Jerusalem zu verbringen. Die fremden Eindrücke und Erfahrungen faszinieren Miriam, auch wenn sie zuweilen beängstigend sind, wie eine plötzliche Ausgangssperre oder ständig patrouillierende israelische Soldaten. Als sie sich schließlich mit dem deutsch-jüdischen Mädchen Debbie anfreundet und die Freundschaft sich auch, trotz anfänglicher Ängste und Vorurteile, zwischen ihren »Gastgeschwistern« und Debbie entwickelt, gelingt es ihr, ein Stück Vertrauen zwischen beiden Seiten jenseits von politischen Abgrenzungsparolen und Unterstellungen zu schaffen. Das Buch der Büchergilde Gutenberg hat 188 Seiten und kostet 15,50 €. ISBN 3-7632-5176-6.

## Alles Gute!

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern im März und April, ganz besonders

#### Zum 65. Geburtstag

Franz Foff  
Gisela Hubenzehnder  
Josef Jocham  
Heinrich Zametzer

#### Zum 70. Geburtstag

Rudolf Glass  
Joachim Jankowsky  
Elisabeth Mower  
Brigitte Nodnagel

#### Zum 71. Geburtstag

Horst Sernow

#### Zum 72. Geburtstag

Heinz Tischer

#### Zum 73. Geburtstag

Hans Stroh

#### Zum 75. Geburtstag

Hans Greetfeld  
Anna Kühlmuß

#### Zum 76. Geburtstag

Rudolf Neumeier

#### Zum 80. Geburtstag

K. Hermann Carl

#### Zum 82. Geburtstag

Erwin Hammer  
Hermine Seide

#### Zum 83. Geburtstag

Heinz Koehler  
Käte Notz

#### Zum 87. Geburtstag

Elisabeth Michalski

#### Zum 92. Geburtstag

Helmut Michalski

## Herzlichen Dank!

Wir danken im März und April allen Mitgliedern für die Treue zur GEW, ganz besonders

#### Für 35 Jahre GEW-Mitgliedschaft

Heinz Colditz  
Dietmar Gschrey

#### Für 40 Jahre GEW-Mitgliedschaft

Roswitha Friedrich  
Franz Ludwig Kittel  
Gisela Neerpasch

#### Für 55 Jahre GEW-Mitgliedschaft

Hans Greetfeld

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Straße 5/II., 93055 Regensburg, ☎/Fax 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

8./9. 3.	<b>Rechtsextremistische Tendenzen unter Jugendlichen – gibt es eine Pädagogik gegen Rechts? */**</b> u. a. mit Simone Pfeiffer, ART-Trainerin, Thomas Quehl, Grundschullehrer, Duisburg, Michael Uhlig, Sozialpädagoge, Bad Windsheim Veranstalter: GEW Niederbayern Anmeldung: Ute Schmitt, ☎ 0 89/54 40 81 14	Seminar	<b>Straubing</b> Hotel Gäubodenhof Freitag ab 18.00 Uhr Samstag bis 18.00 Uhr
9. 3.	<b>Schwierige Gespräche führen mit Erziehungsberechtigten, KollegInnen, Vorgesetzten und Jugendlichen */**</b> Mit Dipl.-Pädagoge K.-D. Walter	Fortbildung	<b>Freising</b> Volksschule Neustift 10.00 – 17.00 Uhr
10. – 12. 3.	<b>Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen Sozialmanagement/Sozialwissenschaft (SMW) **</b> Veranstalter: Staatliche Fachhochschule für Sozialwesen München/Pasing	Fachtagung	<b>München</b> Staatliche FH für Sozialwesen München/Pasing, Am Stadtpark Sonntag ab 17.00 Uhr Dienstag bis 12.30 Uhr
14. – 16. 3.	<b>LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern</b> Anträge, Diskussionen, Neuwahlen des Landesvorstandes	Vertreter- versammlung	<b>München</b> DGB-Haus
15. 3.	<b>Bildungspolitische Positionsbestimmung der GEW Bayern *</b> Öffentliche Fachtagung im Rahmen der LVW	Fachtagung	<b>München</b> DGB-Haus, 9.00 – 16.00 Uhr
15./16. 3.	<b>Kinder sind gewaltfrei zu erziehen */**</b> Impulse zur Umsetzung, u.a. mit Staatsministerin Christa Stewens, Prof. Dr. Josef Aigner, Kinderschutzbund Österreich, Prof. Dr. Wilhelm Brinkmann, Uni Kiel, Lilian Hafter, Unicef, Heinz Hilgers, Präsident des DKSB Veranstalter: Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Bayern Anmeldung: dksb.lv.bayern@t-online.de	Interdisziplinäre Fachtagung	<b>Pentling bei Regensburg</b> Hotel Tulip Inn Freitag ab 11.00 Uhr Samstag bis 13.00 Uhr
18. 3.	<b>Diagnose- und Förderklassen oder schulische Integration?*</b> Mit Dr. Gottfried Biewer	FG-Abend	<b>München</b> DGB-Haus, 18.30 – 20.30 Uhr
21. 3.	<b>PCB in Schulen</b> Zur Glaubwürdigkeit von Messungen; mit Jürgen Jäger	Infoabend	<b>Würzburg</b> Ökohaus Neunerplatz, 19.30 Uhr
12. 4.	<b>Landesausschuss für Tarifpolitik und Angestellte (LTA)</b> Themen: Tarifforderungen BAT 2002, Arbeitszeit in Heimen, Tarifsituation bei den Wohlfahrtsverbänden und in der Weiterbildung u. a.	Fachsitzung	<b>München</b> DGB-Haus 15.00 – 19.00 Uhr
18. – 20. 4.	<b>Frauen und Schule – 13. Bundeskongress */**</b>	Kongress	<b>Hamburg</b>
19. – 20. 4.	<b>Vom Integrationskindergarten zur Integrationsfirma? 8. Bayer. Integrationssymposium *</b> Veranstalter: LAG Bayern Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e.V. www.integration-bayern.de	Fachtagung	<b>Ingolstadt</b> Päd. Zentrum
22. 4.	<b>Bericht von der Baustelle: der neue Lehrplan für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung</b> Angefragt: Isabell Wernecke, ISB	FG-Abend	<b>München</b> DGB-Haus 18.30 – 20.30 Uhr
3. 5.	<b>Führung KZ-Außenlager Mettenheim und Dokumentationszentrum Obersalzberg */**</b>	Exkursion	<b>Bus ab Freising/Erding/Dorfen, 8.00 Uhr</b>
8. 5.	<b>Personal- und Betriebsratsarbeit – Kern gewerkschaftlicher Arbeit</b>	Infoabend	<b>Aschaffenburg</b> DGB-Haus, 19.30 Uhr
9. – 12. 5.	<b>GEW Mai-Meeting 2002. Workshops zu Umgang mit Belastungen in päd. Berufen, Großgruppenmoderation, Organisationsentwicklung, Netzwerkkommunikation */**</b> Veranstalter: GEW-Hauptvorstand	Seminare	<b>Leck (Schleswig-Holstein)</b> Nordsee-Akademie
13. 5.	<b>Digitale Lehrpläne. Beispiele amtlicher und klassenbezogener Lehrpläne in digitaler Form/HTML</b> Mit Jörn Bülck und Wolfram Witte	FG-Abend	<b>München</b> DGB-Haus 18.30 – 20.30 Uhr

\* Anmeldung erbeten/Programm über:

GEW Bayern, Geschäftsstelle, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, ☎ 0 89/54 40 81-0, Fax 0 89/5 38 94 87 oder GEW-Büro, z. H. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Straße 5, 93055 Regensburg, ☎/AB/Fax 09 41/79 36 95, e-Mail: GEW21972@aol.com



Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Straße 5/II., 93055 Regensburg, ☎/Fax 09 41/79 36 95

**Aschaffenburg** jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia  
Kontakt: Christiane Weyel, ☎ 0 60 21/5 77 38

**Bamberg** nach Vereinbarung, 20.00 Uhr, Bischofsmühle  
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 51/6 78 88

**Bad Neustadt** jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhönperle  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Schinner Braustuben  
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

**Coburg** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Münchner Hofbräu  
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs n. Vereinb., 19.30 Uhr, DGB-Heim  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

**Erlangen** jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/6 06 08

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** jeden 3. Do. im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a. d. Schleifmühle)  
Kontakt: Bruno Appel ☎ 08 41/5 46 83

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** jeden 3. Mittwoch in unger. Monaten, 20 Uhr, Weinstube Reutin  
Kontakt: Eckart Folkmer, ☎ 0 83 82/18 56

**München (Grund- und Hauptschulen + Förderschulen)**  
jeden 3. Montag im Monat, 18.30–20.30 Uhr, DGB-Haus  
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎ 0 89/66 80 91,  
Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

**München (AG SprachlehrerInnen)** j. 2. Donnerst., 19 Uhr, DGB-Haus  
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

**München (Berufliche Schulen)** 21.3./13.6./25.7., 19 Uhr, DGB-Haus  
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

**München (Sozialpädagogische Berufe)** jeden 1. Mittwoch im Monat,  
19.00 Uhr, DGB-Haus  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**Neumarkt/Oberpfalz** mittwochs n. Vereinb., 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

**Nürnberg (AK Gewerkschaftlicher Durchblick)**  
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße  
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Pfaffenhofen/Niederscheyern** jeden 2. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräuklaue  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr,  
Pizzeria Milano/Zum Mareis  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Sulzbach-Rosenberg** j. 3. Mittwoch i. M., 19 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Traunstein** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Rosenheimer Hof  
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

**Weiden** jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)  
Kontakt: Hannsjörg Bergmann, ☎ 09 61/41 89 71

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

**Würzburg** jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien),  
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

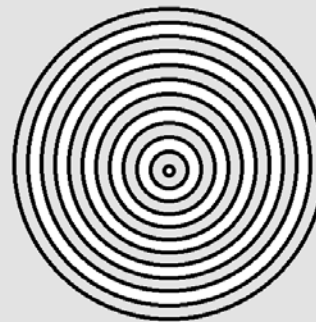
GEW-Bayern, 80336 München, Schwanthalerstr. 64, Postvertriebsstück B 2126 F Gebühr bezahlt

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung  
(meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung,  
Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-  
Funktion ...)

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger  
Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemä-  
ßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!



Ratgeber Arbeitsplatz Schule



**Gezielt**  
**Engagiert**  
**Wirkungsvoll**

Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft  
Landesverband Bayern



- Stichworte u. a.:
- Anrechnungsstunden
  - Arbeitszeitkonto
  - Beihilfe
  - Dienstliche Beurteilung
  - Fortbildung
  - Gleichstellung
  - Integration
  - Leistungsstufen
  - Mehrarbeit
  - Mutterschutz
  - Pädagogischer Tag
  - Ruhestand
  - Sexuelle Belästigung
  - Schulentwicklung
  - Teilzeit
  - Verwaltungsangestellte

Der neue GEW-Ratgeber für den Arbeitsplatz Schule wurde von erfahrenen GEW-PersonalrätInnen verfasst und ist als Nachschlagewerk konzipiert. Unter 25 Stichworten finden sich in alphabetischer Reihenfolge wichtige Informationen für den beruflichen Alltag. Der Ratgeber »Arbeitsplatz Schule« ist bei den Kreis- und Bezirksverbänden der GEW und in der Landesgeschäftsstelle der GEW Bayern erhältlich.